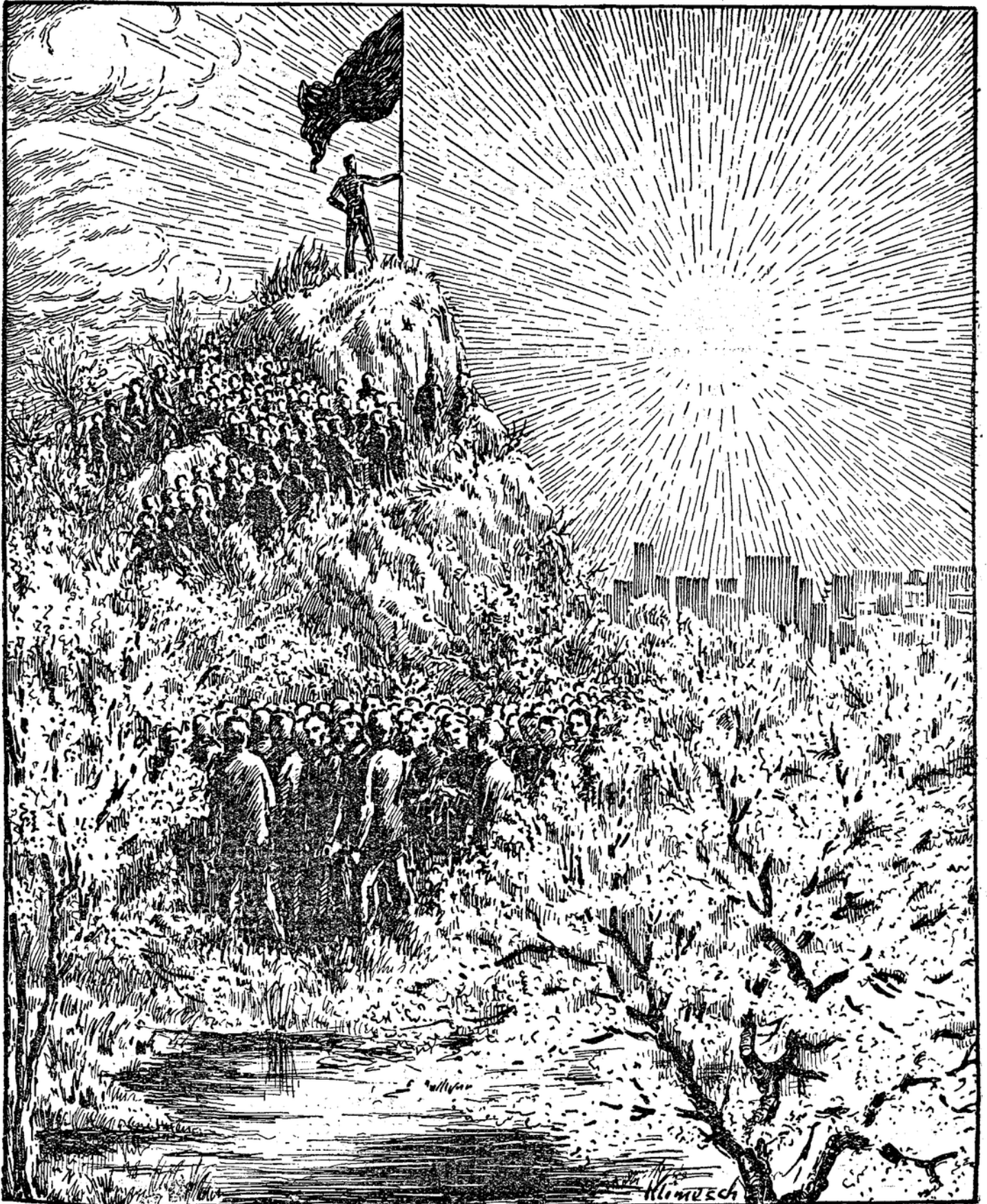


Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter



Zur Maifeier 1929



Der Weltfeiertag der Arbeit bringt in diesem Jahre Aufgaben für die Arbeiterschaft, wie sie kaum zuvor in solcher Fülle und Mannigfaltigkeit sich gezeigt haben. Wir demonstrieren an jedem 1. Mai für den höheren Anteil am Arbeitsertrag. Aufgabe der Gewerkschaften ist es freilich, während des ganzen Jahres bereit zu sein und für diese Grundforderung einzutreten. Schwer genug wird es uns in diesen Zeiten gemacht. Nicht nur das private Unternehmertum behauptet, es könne keine Lohnaufbesserung zugestehen, da eine Kapitalvermehrung erfolgen müsse, um unabhängiger zu werden vom Kapital des Auslandes. Auch die Stadtverwaltungen in ihrer organisatorischen Zusammensetzung im Reichsarbeitsgeberverband haben jüngst öffentlich erklärt, daß gegenwärtig kein Anlaß vorliege, weitere Lohnerhöhungen zu bewilligen. Gründe sind den Herren natürlich wohlfeil wie Brombeeren. Einmal werden die Reparationsverhandlungen zum Anlaß genommen, zum andern die bedrängte finanzielle Lage des öffentlichen Haushalts. Wenn man aber ganz unboreingekommen den Dingen auf den Grund geht, so weiß man, es ist der Versuch der Besitzenden, an der Macht zu bleiben um jeden Preis und nur durch Kampf und Konzentration unserer Kräfte können wir vorwärts kommen.

Leider ist dieser Zusammenhalt unter der Arbeiterschaft gegenwärtig nicht so stark, wie wir ihn wünschen müssen. Aus diesem Grunde sind in vielen Großstädten die Demonstrationen in diesem Jahre nicht einheitlich. Der Gegensatz zwischen der planmäßigen Gewerkschaftsarbeit zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, ferner zur Herbeiführung einer Demokratisierung der Wirtschaft und andererseits dem rein politischen verantwortungslosen Machtgedanken, mit Waffen und Gewalt Fabrik und Wirtschaft zu erobern, ist nicht zu vereinbaren.

Eine geschlossene Arbeiterfront hätte uns sicher schon weiter geführt. Wir geben dem Unternehmertum ein beschämendes Schauspiel unserer Zerrissenheit bei den Betriebsrätewahlen, so daß sie für ihre Abwehrmaßnahmen verhältnismäßig leichtes Spiel haben. Erst wenn die Arbeiterschaft in ihrer großen Masse einig dasteht und die Reihen der gewerkschaftlich organisierten fest geschlossen sind, können wir dem Unternehmertum ein Paroli bieten.

Dabei ist nicht zu verkennen, daß wir bei der vornehmsten Maiforderung, Arbeiterschutz und Achtstundentag, ein gut Stück vorwärts gekommen sind. Es hat keinen Sinn, unsere eigenen Erfolge zu verkleinern. Wir stellen fest, daß in unseren Reihen mehr denn 85 Prozent der Mitglieder den Achtstundentag errungen haben. Wir dürfen natürlich nicht ruhen und rasten, bis auch die letzten vom weitest gehenden Arbeiterschutz erfaßt werden.

Die breite Basis unseres Arbeitsrechts ist im Tariflohn und im sozialen Arbeitsrecht verankert. Wenn man sich in Erinnerung bringt, mit wieviel Mühe unser ganzes Tarifwesen aufgebaut werden mußte, und wie wir in unserem Reichsmanteltarifvertrag für Gemeinbearbeiter Pionierarbeit geleistet haben, auch für die Privatindustriearbeiter in bezug auf Soziallohn und Fürsorgeeinrichtungen, so darf an diesem Weltfeiertage der Arbeiterschaft festgestellt werden: Wir haben gewerkschaftlich ein gut Teil unseres Verbandsprogramms erreicht. Jetzt gilt es, das Errungene so zu fundamentieren, daß ein neues Stockwerk im Sozial- und Arbeitsrecht darauf gebaut werden kann...

Vielleicht schwieriger liegen die Dinge, wenn man dem letzten großen Maifeiergedanken des Völkerfriedens und des Sozialismus nachgeht. Hier liegt trotz aller Abrüstungskonferenzen noch alles im argen. Ein Weiterstreben der Völker hat eingeseht in ungeheuerlichem Ausmaße. Wir dürfen es bei allem Unglück in unserer Niederlage jetzt geradezu als ein Glück ansehen, daß wir die Schrittmacher für die Abrüstung sind und sein können. Infolge unserer Rüstungsbeengungen sind selbst weite Kreise des Bürgertums vom Friedensgedanken erfüllt. Aber die Welt sind wir nicht allein. Sie ist groß und die nationalen Grenzen haben sich in den letzten zehn Jahren in Europa noch erheblich vermehrt. Das bedeutet natürlich vermehrte Kriegsgefahr.

Auch heute müssen wir bekennen, daß die Arbeiterschaft der großen Industrieländer ihren Einfluß noch nicht so hat steigern können, um ein Machtwort zur Abrüstung und zum Frieden zu sprechen.

Wohl haben wir in Deutschland zurzeit einen gewissen Einfluß auf die Regierung durch die vier Vertreter der Arbeiterschaft im Ministerrat. Wohl sind auch bürgerliche Minister heute friedensfreundlich. Die militärischen Abmachungen zwischen Frankreich und England beweisen aber, daß man in diesen Ländern nicht ernstlich unter den jetzigen Regierungen an Abrüstung denkt. Es bleibt die eine Hoffnung, daß die Mailwahlen in England der konservativen Regierung endlich ein Ende bereiten und die MacDorald-Arbeiterregierung auch hier einen stärkeren Friedenswillen bekundet. Aber auch dann bleibt noch Frankreich, das in seiner Arbeiterschaft zurzeit stärker zerrissen ist als Deutschland. Auch hier fehlt ein fester Wille zur Einigkeit der Arbeiterschaft.

Schwer ringen die Gewerkschaften und Sozialisten aller Länder um die größere Existenzsicherung der arbeitenden Massen. Wohl ist auch hier die erste Etappe erreicht in der Arbeitslosenversicherung. Aber das kann uns nicht genügen. Die Millionen Arbeitsloser in den Großindustrieländern haben ein Anrecht auf Beschäftigung und Existenzlohn. Hier kann nur die völlige Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft im Sinne einer Planwirtschaft des Sozialismus helfen.

Unsere Mailhoffnungen in diesem Jahre sind stark gedämpft. Unserer Wirtschaft sollen auf Jahrzehnte durch die Reparationsbeschlüsse in Paris auch weiterhin schwere Lasten auferlegt werden. Das Bürgertum wird versuchen, mit allen Mitteln diese Lasten auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. So bleibt der Grundgedanke aller freiheitlichen Bestrebungen, der Grundgedanke auch unserer Maidemonstration: Wir müssen stärkeren Zusammenhalt in der Arbeitnehmerschaft herbeiführen, wenn wir die Welt erobern wollen!

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit unserer Maiforderungen, die im Sozialismus gipfeln, hat weite Kreise erfaßt. Die willensbereite Tatkraft der Arbeiterschaft muß in stärkstem Maße in den Organisationen zusammengefaßt werden. So feiern wir den 1. Mai.

E. D.

Unsere Internationale



Es vor 40 Jahren die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft den 1. Mai als Demonstrationstag für Arbeiterfriede, für Völkerfrieden, für sozialen Fortschritt und letzten Endes für die Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutungssystems beschlossen, war man ganz allgemein davon überzeugt, daß ein dornen- und mühevoller Weg unter schwersten Kämpfen durchschritten werden muß, bevor die aufgestellten Ziele erreicht werden würden. Wenn man nun die hinter uns liegenden 40 Jahre an seinem geistigen Auge vorüberziehen läßt, erkennt man erst den gewaltigen Abstand, der zwischen der heutigen Zeit und der Zeit von damals liegt. Wir sehen, wie in den verschiedenen Ländern die Arbeiterschaft die jeweils günstigste Situation benutzte, um in gewaltigem Vorstoß gegen politisches und soziales Unrecht vorwärts zu drängen. Wir sehen, wie einmal errungene Positionen in hartnäckigster Abwehr gegen die Angriffe des Unternehmertums verteidigt werden mußten. Wir sehen, wie in wochen- und monatelangem zähen Ringen die Arbeiterschaft mancher Berufe dem allgemeinen sozialen Fortschritt eine Gasse zu bahnen versuchte. Ungeheure Opfer mußten gebracht werden, um der Idee des Sozialismus und der freien Gewerkschaftsbewegung allmählich Ausbreitung und Anerkennung zu verschaffen. Die kapitalistischen Mächte waren in diesem Ringen nicht müßig. Alle Machtfaktoren, die Staat und Gesellschaft zur Verfügung hatten, wurden eingesetzt, um der aufstrebenden Arbeiterbewegung Hemmnisse über Hemmnisse entgegenzustellen. „Ihr hemmt uns wohl, doch Ihr zwingt uns nicht!“, das war der Glaubenssatz, der die Arbeiterschaft zu immer neuen Anstrengungen, zu immer neuen Kämpfen anfeuerte. Die freigewerkschaftlich organisierte und in den sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder vereinigte Arbeiterschaft hatte sich über die Wege und Methoden, die zu diesem Ziele führen sollten, im großen und ganzen geeinigt. Aufklärung und Kampf, das waren die Hauptaufgabengebiete der Organisationen. Hatte die Arbeiterschaft jedes einzelnen Landes mit den nationalen Mächten und Kräften des kapitalistischen Staates und der Gesellschaft zu kämpfen, so zeigte es sich bald, daß die gleichen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsphasen in den verschiedenen Ländern notwendigerweise zu den gleichen Kämpfen und Kampfmethoden führen mußten. Wie im Kriege das Gesamtheer eine bestimmte allgemeine Aufgabe und die einzelnen Waffengruppen spezielle Aufgaben zu lösen haben, so auch im nationalen und internationalen Klassenkampf, den die Arbeiterschaft bis zur Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft zu führen hat. Sehr bald machte es sich notwendig, in Ergänzung und zur Verstärkung des allgemeinen internationalen Vorstoßes der Arbeiterschaft Kämpfe besonderer Art zu führen. Diejenigen Berufe und Industrien, die international die stärksten Berührungsfelder hatten und die auf dem internationalen Weltmarkt mit ihren Erzeugnissen in stärkster Konkurrenz traten, waren es auch, die zuerst die Arbeiterschaft zwangen, über die Landesgrenzen hinweg ihren Berufs- und Industriegeossen der anderen Länder die Hände zu reichen. Wir sehen, wie in erster Linie die Bergarbeiter, die Seelente, die Textilarbeiter, die Eisenbahner und andere frühzeitig zu der Erkenntnis kamen, ihren nationalen Kämpfen internationale Ziele zu setzen.

Unsere Internationale, die sich jetzt anschiebt, ihren Kongreß im Juli d. J. in Stockholm abzuhalten, gehört zu den jüngsten Kindern der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Die Wiege unserer Internationale stand in Deutschland. Bereits unser Verbandstag in Mainz forderte den Verbandsvorstand auf, internationale Beziehungen anzuknüpfen. Man hatte jedoch schon einige Zeit vorher mit dänischen und holländischen Kollegen Fühlung genommen. Auf unserer ersten internationalen Konferenz im Jahre 1907 in Stuttgart waren 6 Länder mit rund 45 000 Mitgliedern

durch 17 Delegierte vertreten; ein recht erfreulicher Anfang. Die Kongresse von Kopenhagen im Jahre 1910 und Zürich im Jahre 1913 zeigten eine ebenso erfreuliche Weiterentwicklung. Dann kam das große Schweigen. Von 1914 bis 1919, also von Kriegsbeginn bis nach Kriegsende, waren die internationalen Beziehungen gestört, bis im Jahre 1919 auf einer Konferenz in Amsterdam die Internationale der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen aufs neue errichtet und Holland als Sitz des Sekretariats bestimmt wurde.

Es war in den ersten Jahren nach dem Kriege für uns Deutsche nicht leicht, mit Vertretern anderer Länder zusammenzukommen und Arbeiterfragen zu beraten. Die internationale kapitalistische Hechpresse hatte in so furchtbarer Weise gegen alles, was deutsch ist, gewütet, daß es einiger Jahre bedurfte, bis man wieder auf eine objektive Beurteilung im Auslande rechnen konnte. Ganz allmählich sah man auch im Auslande die Vorgänge in Deutschland während des Krieges und die deutsche Arbeiterschaft mit anderen Augen an; insbesondere konnte man sich des Eindrucks nicht entziehen, daß die deutsche Arbeiterschaft den ehrlichen Versuch machte, trotz Hunger und Elend, trotz Inflation und reaktionärer Gewalten

in der vordersten Linie der sozialen Kämpfe zu stehen. Wir können mit Genugtuung heute konstatieren, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten der öffentlichen Betriebe in Deutschland wie in den anderen unserer Internationale angeschlossenen Ländern in Reih und Glied mit der fortschrittlichsten Arbeiterschaft stehen. Der im Jahre 1925 in Berlin stattgefundene internationale Kongreß konnte 13 Landesorganisationen begrüßen, die zusammen 452 000 Mitglieder zählten. Im Jahre 1926 ist die Mitgliederzahl unserer Internationale bereits auf 560 000 gestiegen, also ein sehr erfreulicher Aufstieg.

Der Kongreß in Stockholm hat die Aufgabe, einige praktische Fragen zu lösen, die von internationaler Bedeutung sind. Es soll ein neues Programm geschaffen werden, das alle Länder verpflichtet, ihrer nationalen Tätigkeit die gleichen Ziele zu setzen. Welche Wege in den einzelnen Ländern eingeschlagen werden, um diese Ziele zu erreichen, wird nach wie vor im wesentlichen Aufgabe der Landesorganisationen sein, weil nur diese in der Lage sind, die Voraussetzungen und die Möglichkeiten zu prüfen, die im Lande gegeben sind, um die Arbeitskämpfe so erfolgreich

wie möglich zu gestalten. Das Internationale Sekretariat soll weiter ausgebaut und mit neuen Aufgaben betraut werden. Es liegen Anträge vor, die das Internationale Sekretariat von Amsterdam nach Deutschland verlegt haben wollen. Man glaubt, daß durch die Verlegung des Sekretariats in ein großes Land mit einer großen und vielseitigen Organisation es besser möglich sein wird, internationale Arbeit zum besten aller Länder zu leisten. Unser Verbandsvorstand hat beschlossen, das internationale Sekretariat aufzunehmen, wenn der Kongreß in Stockholm in uns das Vertrauen setzt und uns mit der Übernahme des Sekretariats beauftragt. Wie notwendig diese internationale Arbeit ist, zeigt uns auch das Verhalten unserer Arbeitgeber. Wir haben es oft erlebt, daß Regierungen verschiedener Länder international sich verständigten und ideell und auch praktisch Fragen zu lösen versuchten, die allen Ländern gleichmäßig zur Beantwortung vorlagen. Im März dieses Jahres fand in Sevilla in Spanien ein internationaler Städtetag statt, auf dem nicht weniger als 12 820 europäische Gemeinden, die insgesamt 189 Millionen Einwohner haben, vertreten waren. Die Tagesordnung dieses Kongresses zeigt uns, daß auch die Städtevertreter in allen Ländern die gleichen Sorgen drücken und daß die gleichen Notwendigkeiten zur internationalen Beratung und Beschlussfassung drängen. Zu einigen dieser Fragen, die den Städtetag in Sevilla beschäftigten, wird auch unser Kongreß in Stockholm Stellung nehmen müssen.

Wir möchten deshalb mit dem Wunsche schließen, daß uns der Kongreß in Stockholm ein Stück Weges vorwärts bringt im sozialen Kampfe gegen kapitalistische Ausbeutung und Unkultur. F. W.

Feiertag

Von den Gleisen der Stadtbahn hallt unaufhörlich der Eisendonner elektrischer Züge. Im jauchzenden Brausen stürmender Zeit jagen die Wagen hinaus.

Frühlingssturmseilige Jugend stürmt in die Freiheit. Lächelt der Trägheit die Dummheit enger Höfe und dem Laster die stinkenden Kneipen. Lächelt Fabriken und Mietkasernen in grauer Einsamkeit.

Frühlingssturmseilige Jugend stürmt in den Feiertag heilighender Freude, wirft sich wie Föhn dem Frühling an die Brust und singt sich frei von Iron und Dunst der Stadt.

Felix Havenslein

Agitation und Maifeier



In der Mainummer unserer „Gewerkschaft“ des Jahres 1904, also vor 25 Jahren, schrieb der damalige Redakteur, der längst verstorbene Kollege Heinrich Bürger, in seinem Artikel „Das Manifest der Arbeit“ u. a. folgendes: „In den Herzen und in den Köpfen der arbeitenden Menschheit flammen diese Feuer (Maifeuer) auf und weihen zum großen gewaltigen Kampf um Recht und Freiheit. Auch die städtischen und staatlichen Arbeiter stoßen mit zu dem großen Heerhaufen der Arbeit. Wenn zwar unsere Kameraden auch am Festtag der Arbeit nicht alle mit hinausziehen in die neubelebten Wälder und Fluren und nicht das Tagewerk ruhen lassen können, so wissen sie sich doch eins mit der vorgeschrittenen Arbeiterschaft der Erde.“

„Sehr richtig“ und „selbstverständlich“ werden unsere jüngeren Kollegen sagen. Die älteren aber, die vor 25 Jahren Mitglieder oder gar Funktionäre unseres Verbandes waren, werden sich erinnern, daß damals die Zahl der städtischen und staatlichen Arbeiter, für die die schönen Worte des Kollegen Bürger sehr richtig und selbstverständlich waren, nicht sehr groß war. Aber ebenso werden sich die älteren Kollegen sehr gern daran erinnern, daß die Zahl der städtischen und staatlichen Arbeiter, die am Maifest der Arbeit teilnahmen, von Jahr zu Jahr größer wurde, und immer größer wurde der Kreis unserer Vertrauensleute, die am Maifest der Arbeit neue Kraft sammelten zur Stärkung und Ausbreitung unserer Organisation.

Und es ging vorwärts. Wir sind zur Großorganisation herangewachsen. 260 000 Mitglieder unseres Verbandes, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen kämpfen für die Maiforderungen Reihe an Reihe, Glied an Glied des in der Internationale verbundenen Weltproletariats. Das ist der Erfolg der Werbearbeit unserer Funktionäre in den verflossenen fünf- und zwanzig Jahren, und wahrlich ein schöner Erfolg. Am 1. Mai, am Weltfeiertag, wollen wir nicht zurückschauen, um uns über den Erfolg zu freuen, sondern wir wollen aufrecht und mutig vorwärtstreben. Wir wollen am 1. Mai Kraft sammeln zum weiteren Ausbau unseres Verbandes und zur weiteren Stärkung der freien Arbeiterbewegung. Achtstundentag, Arbeiterschutz und Sozialpolitik, Völkerfriede und Völkerfreiheit sind auch in diesem Jahr die großen Forderungen des internationalen Proletariats. Um diese Forderungen werden wir sehr hart ringen müssen, und deshalb wollen wir unser Rüstzeug prüfen, um die Kämpfe mit unseren gutgerüsteten Gegnern aufnehmen zu können. Wir werden in unseren Rüstkammern einige Verbesserungen vornehmen, altes Gerümpel ausmerzen und dafür bessere Waffen beschaffen. So könnten wir wohl die alte mit Blech eingepackte Phrasendrescherei ablegen. Aber auch das „Schönfärben“ und das „Schwarzmalen“ sowie alle anderen Uebertreibungen sollten bei der Werbearbeit nicht mehr angewandt werden, da sich doch diese Mittelchen längst als unzweckmäßig erwiesen haben. Dazum fort mit diesem alten unbrauchbaren Kram. Die Wirklichkeit bietet uns Stoff genug, überzeugend und wahr zu unseren Zuhörern sprechen zu können; denn wir wollen ja nicht nur Mitglieder werben, sondern Gewerkschafter, also Kämpfer heranzubilden. Wir wollen unsere Kraft nicht überschätzen, aber wir wollen uns auch hüten, sie zu unterschätzen. Ebenso wollen wir lernen, die Kraft unserer Gegner richtig zu erkennen. Kühl und nüchtern wollen wir prüfen, was zunächst in unserem Verband verbesserungsbedürftig ist, und die als notwendig erkannten Verbesserungen müssen unter allen Umständen durchgeführt werden. Unseren unbefoldeten und besoldeten Funktionären muß ein gutorganisierter Verwaltungsapparat zur Seite stehen, um den Kräfteverbrauch soviel wie möglich zu vermindern.

Die größte Aufgabe aber ist die zweckmäßige Ausbildung unserer besoldeten und unbefoldeten Funktionäre. Die neuzeitliche Werbearbeit ist nur mit einem gut ausgebildeten Ver-

trauensmännerkörper durchführbar. Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen verwenden deshalb viel Zeit und Geld auf die Ausbildung der Funktionäre. Auch unsere Verbandsleitung hat die Notwendigkeit der Schulung der Vertrauensleute erkannt. Mehr als 1500 Kolleginnen und Kollegen haben in den letzten zwei Jahren in unserer Schule in Buchow an vierzehntägigen und dreiwöchigen Kursen teilgenommen. Außerdem nehmen wir zur Ausbildung unserer Funktionäre die übrigen Bildungsinstitute der Arbeiterbewegung in Anspruch: die Arbeiterakademie in Frankfurt a. M., die Wirtschaftsschulen in Berlin und Düsseldorf und die Heimvolkshochschule in Tinz. Eine stattliche Anzahl unserer Kolleginnen und Kollegen nehmen an dem Fernunterricht dieser Bildungsinstitute teil.

Zur Unterstützung und Orientierung unserer Betriebsräte haben wir unser Betriebsrätesekretariat eingerichtet. Der größte Teil unserer so ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen sind als Vertrauenspersonen und als Betriebsratsmitglieder tätig und verwenden das, was sie in unserer Schule und den anderen Bildungsinstituten gelernt haben, in der Werbearbeit für unseren Verband. Der Erfolg zeigt sich nicht nur in der Mitgliederzunahme, sondern auch in der ganz erfreulichen Gesundung unserer Verbandsfinanzen und somit unseres

Verbandsorganen. So haben wir wohl mit diesen Bildungseinrichtungen unserem Verband die besten Dienste erwiesen, obwohl die Bildungseinrichtungen noch wesentlich erweitert und verbessert werden sollen. Die örtlichen und bezirklichen Bildungsausschüsse müssen von unserem Bildungssekretariat Richtlinien und Anweisungen erhalten, wie die örtliche und bezirkliche Bildungsarbeit geleistet werden muß. Einige Filialen haben mit dieser Bildungsarbeit jetzt schon die besten Erfolge aufzuweisen. Alle anderen Filialen sollten bestrebt sein, die Arbeit dieser Filialen nachzuahmen. Sehr bald wird es sich zeigen, daß mit diesen Bildungsbestrebungen, also mit der Heranbildung der Mitglieder und der Funktionäre, die Arbeit noch erfolgreicher betrieben werden kann.

Eine große Arbeit steht uns noch bevor: Die Schaffung einer großen Einheitsorganisation aller Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen im Handel und Verkehr. Diesem großen Ziel, das wir seit Bestehen unseres Verbandes erstreben, sind wir durch die Zusammenlegung der beiden

großen Verbände, des Deutschen Verkehrsbundes und unseres Verbandes, wesentlich näher gekommen. Rund 700 000 Mitglieder wird diese große Organisation bei der Zusammenlegung zählen. Durch die große Werbekraft dieser Einheitsorganisation aller Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen im Handel und Verkehr, mit Hilfe der klaren, zielbewußten Werbearbeit der gut ausgebildeten Funktionäre des großen Verbandes werden wir sehr bald eine der größten und stärksten Arbeitnehmerorganisationen der Welt schaffen, und diese Organisation wollen wir so ausbauen, daß die Mitgliedschaft der Führung Vertrauen entgegenbringen und die Führung sich auf die Mitgliedschaft stützen kann. Dieses Ziel müssen wir erreichen mit unserer Werbearbeit im Interesse der gesamten Mitgliedschaft, die in dieser Großorganisation verbunden ist. Wir werden uns in der Werbearbeit für dieses hohe und herrliche Ziel, das wir uns gesteckt haben, nicht behindern lassen durch die Anhänger der sogenannten Opposition. Wir wollen diesen Arbeitsschwärzern und -brüchern immer wieder zeigen, daß sie irregeleitet sind von einigen politischen Wirrköpfen, die sich in den politischen Redaktionsstuben täglich austoben, dafür aber von der Gewerkschaftsarbeit nichts verstehen. Wir werden die Zerplitterungsversuche dieser „Auch-Gewerkschafter“ abzuwehren verstehen.

Am Maifest wollen wir wiederum Kräfte sammeln, um die gewaltige Arbeit leisten zu können, die geleistet werden muß zum Ausbau unseres Verbandes und zur Stärkung der gesamten freien Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung.

Verbandsfunktionäre vor die Front! G. Br.

Frühlingssturm

Der Frühling hat die Tore
in jungen Sturm. [ausgerissen
Jugend, die Freiheit ist nah!
Junge Saat bricht aus den
die in schwerer Fron [Surchen,
von müden Pferden ausgerissen
im Novemberturm.

Seulen auch Schauer noch —
Jugend steht fest!
Aus den Wolken bricht
sieghaftes Licht!
Ueber den Toren der Stadt
leuchtet schon
seligen Werdens glühender Schein
Jugend!
Auf dich
richten sich
Millionen Augen!
Daß du das Land freigest
mit Frühlingsorkanen.

Felix Havenstein

Der 1. Mai und die Gemeindegewerkschafter

Ein Rückblick und Ausblick



Am 1. Mai 1890 feierte das internationale Proletariat zum erstenmal den Weltfeiertag der Arbeit. Der Tag gilt der internationalen Verbundenheit der Arbeiter aller Länder. Ueber die Grenzen der Staaten hinaus reicht sich das Proletariat die Hände. Als Forderungen an Staat und Gesellschaft werden erhoben: Völkerverständigung — Völkerverständigung, Achtstundentag, Sozialpolitik und Arbeiterschutz. Diese Forderungen, die heute weit über die Grenzen des Proletariats hinaus als notwendig und berechtigt anerkannt werden, erregten damals die Gegnerschaft, nicht allein der bürgerlichen Gesellschaft,

sondern vor allem der Staats- und auch der Stadtverwaltungen. Der Staat und der Arbeiter standen sich als Gegner gegenüber. Den freigewerkschaftlichen Organisationen, bereit für ihre Forderungen durch Arbeitseinstellung zu kämpfen, wurde von Staats wegen der schärfste Kampf angelegt. Am 1. Mai 1890 stand in den Städten und Industriebezirken des Deutschen Reiches das Militär in Alarmbereitschaft. Die Forderungen des internationalen Proletariats waren eben den damaligen Machthabern revolutionär. Wir erkennen die Berechtigung dieser Auffassung an. Die Durchführung der Hauptforderungen bargen in sich geistige und materielle Revolutionen gegenüber den Zuständen des Jahres 1890.

Die bürgerliche Gesellschaft, die Kapitalistenklasse, reagierte auf die Demonstrationen der Arbeitererschaft am 1. Mai mit Entlassungen und Aussperrungen, die oft monatelang währten. Die Arbeitnehmerschaft der städtischen Kammereibetriebe, die im Jahre 1890 nach Zehntausenden zählte, stand damals dieser gewaltigen Bewegung des Proletariats fern. Gering war die Zahl der städtischen Arbeiter, die sich verbunden fühlten mit den Ideen des international verbundenen Proletariats. Ohne Organisation machtlos und rechtlos war von einer Mäifeier in den Kammereibetrieben der kommunalen Verwaltung keine Spur. Auch nachdem im Jahre 1896 und in den folgenden Jahren die städtischen Arbeiter den Weg zur freien Gewerkschaftsorganisation fanden, war es ihnen unmöglich für die Ideale des 1. Mai durch Arbeitsruhe zu demonstrieren.

Wir sehen am 1. Mai 1900 die junge Organisation mit etwa 3500 Mitgliedern in 32 Filialen, von denen allerdings zirka 20 allein auf Berlin entfallen, außerstande aus eigener Kraft den 1. Mai durch Arbeitsruhe würdig zu begehen. Und so war es in der Folge bis zur Revolution. Trotzdem im Jahre 1914, vor Kriegsbeginn, unsere Organisation 56 000 Mitglieder zählte, mußte sie darauf verzichten, die Mitgliedschaft zur Arbeitsruhe aufzurufen, weil die Stadtverwaltungen jeden Versuch ihrer Arbeiter, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, ablehnten. In oft nur schwach besuchten Versammlungen der dienstfreien Kollegen und der Schichtarbeiter kamen die städtischen Arbeiter am 1. Mai zusammen. Zahlreich beteiligten sie sich dann an den Abendveranstaltungen der sozialdemokratischen Partei.

Und dann kam der Krieg. Die erste und vornehmste Idee des 1. Mai, die Idee des Völkerverständens lag zerbrochen am Boden, und niemals ist uns allen, die wir am 1. Mai draußen im Felde standen, der Widerspruch zwischen unseren Ideen und den tatsächlichen Verhältnissen klarer vor Augen gekommen denn hier. Dann kam die Revolution. Die große Forderung des 1. Mai, die Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit überhaupt, war eine der ersten Handlungen der proletarischen Machthaber. Die städti-

schen Arbeiter, die Kammereiarbeiter, füllten die Reihen unserer Organisation. Tarifverträge sicherten die achtstündige Arbeitszeit, sie brachten die Anerkennung des sozialen Arbeitsvertrages an Stelle der bisherigen neun-, zehn- und elfstündigen Arbeitszeit. Den Aufbau und Ausbau des sozialen Gebäudes hinderte die Inflation. Aber eins ist zum unverbrüchlichen Bestandteil der städtischen und der Kammereiarbeiter im besonderen geworden, die Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe. Wohl erkennen auch die Kammereiarbeiter die Notwendigkeit, lebenswichtige Betriebe im Interesse der Allgemeinheit aufrecht zu erhalten aber darüber hinaus versammeln sich die Kammereiarbeiter aller Kategorien, die Arbeiter und Arbeiterinnen der städtischen Güter, die Kammereiarbeiter der Stadtverwaltungen am 1. Mai in Versammlungen

und in großen Demonstrationen, um für den großen Gedanken der Völkerverständigung und der Völkerverbrüderung zu demonstrieren. Sie demonstrieren weiter am 1. Mai für Sozialpolitik, für Arbeiterschutz, für Ausbau ihrer sozialen Arbeitsverträge.

Ungeheure Not, ungeheures Elend hat das Völkermorden im Gefolge gehabt. Die Inflation hat die letzten Reste des Volkswohlstandes zerstört. Bloß und nackt stand das deutsche Proletariat, mit ihm die Gemeindegewerkschafter, am Ende der Inflation. In vierjähriger Arbeit sind die größten Schäden der Lebenshaltung der Kammereiarbeiter beseitigt worden. Aber noch drücken schwere materielle Sorgen auch den Kammereiarbeiter. Nur spärlich sind die Sonnentage, die unseren Kollegen beschieden sind. Bei unzureichenden Löhnen in unzureichenden Wohnungen arbeiten und leben die großen Massen unserer Kollegen. Der Wiederaufbau der gewerkschaftlichen Organisation nach der Inflation ist im besten Zuge. Die am Ende der Inflation zersprengten Kadres der Gemeindegewerkschafter sind in fest geschlossenen Heerhaufen wieder gesammelt. In unermüdlicher Kleinarbeit haben unsere alten Funktionäre es verstanden, das lose gewordene Band der Organisation wieder fester zu knüpfen. Von den etwa 170 000 Beschäftigten in den Kammereibetrieben gehören heute rund 75 Proz. den freigewerkschaftlichen Organisationen an, etwa 9 Proz. gegnerischen oder wirtschaftsfriedlichen Verbänden. 15 Proz. sind zurzeit noch unorganisiert.

Aufgabe der nächsten Wochen und Monate muß es sein, die Gemeindegewerkschafter zur einheitlichen freigewerkschaftlichen Organisation zusammenzufassen. Die Worte von Karl Marx: „Die Macht der Arbeiter liegt in ihrer Zahl“ haben auch die Kammereiarbeiter richtig zu deuten gewußt. Die Zahl der Arbeitenden an sich bedeutet nicht Macht. Zur gesellschaftlichen Macht wird die Zahl der Arbeitenden erst dann, wenn sie vom einheitlichen Willen befeelt sich organisatorisch zusammenschließt. Und so geloben auch die Kammereiarbeiter der kommunalen Betriebe am 1. Mai erneut, einzutreten für den restlosen Zusammenschluß im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, um damit die Voraussetzungen zu schaffen für Völkerverständigung, Völkerverständigung, kürzere Arbeitszeit, Sozialpolitik und Arbeiterschutz. Sie bekräftigen am 1. Mai das Gelöbnis treu zur Internationale der Arbeit zu stehen.

Der Kapitalismus ist international, warum sollte es sein Sprößling, das Lohnproletariat, nicht auch sein? Die Zukunft darf nur eine Kette kennen, die verschlungenen Hände der verstandenen und verbrüdernden Völker!

Wir feiern froh den 1. Mai,
Der Zukunft goldene Tage;
Die Tage, die für alle frei

Von Elend, Not und Plage.
Die Zukunft groß und schön und
Die feiern wir am 1. Mai! [frei

Die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerksarbeiter und der 1. Mai



s ist Mai! Aus tiefer, langer Winternacht ist die Erde erwacht zu neuem Leben. Der Frühling grünt und blüht, und der Großstadtmensch erwartet mit Sehnsucht den Tag, wo er frei und von der Arbeit und den Sorgen des Alltags sich freuen kann an der erwachenden Natur. Freuen? Ja! Wir brauchen die Freude, um Kraft zu sammeln im Kampfe für die Erreichung unserer Ziele. Ohne Freude keine Erholung, und ohne Erholung keine Kraft zur Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft und kein Glauben an die Erneuerung der Menschheit.

Deshalb grüßen wir den 1. Mai nicht nur als Kampftag und Werbetag, sondern als Fest- und Freudentag des internationalen Proletariats.

Als vor 40 Jahren der Internationale Sozialistenkongress in Paris verkündete, die Arbeiterschaft der ganzen Welt solle den 1. Mai als Festtag der Arbeit feiern, wurden die Ideen des Sozialismus von ihren Gegnern belächelt und verspottet. Das

Lächeln ist ihnen inzwischen vergangen, und die Arbeiterbataillone in allen Ländern marschieren heute in gewaltigen Demonstrationen

auf und verlangen von der noch herrschenden kapitalistischen Klasse die Einlösung unserer Maiforderungen: Achtstundentag, Völkerfrieden, Sozialismus! Das waren und sind die Grundgedanken für die Feier des 1. Mai.

Für die Erreichung dieser Ziele gebrauchen wir geschlossene politische und gewerkschaftliche Organisationen. Während die politischen Organisationen propagandistisch wirkten, haben die Gewerkschaften versucht, etappenmäßig das Los der Arbeiterschaft in Sinne dieser Forderungen zu verbessern.

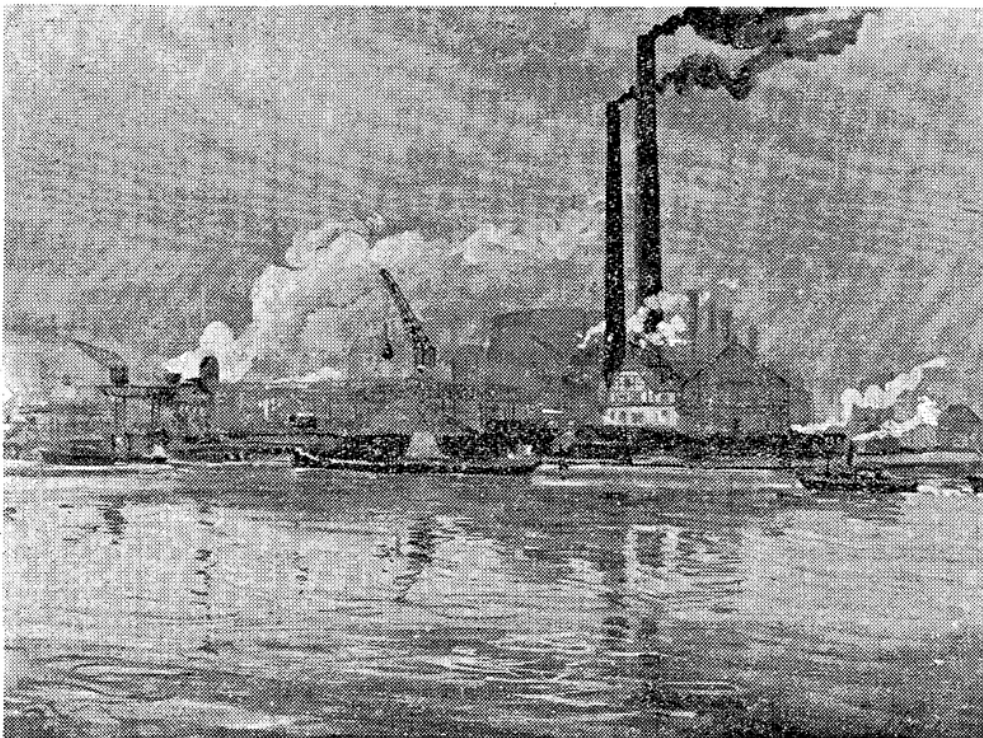
In diesem Kampf haben die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerksarbeiter nicht abseits gestanden. Sind doch 80 Proz. der Gas- und Wasserwerksarbeiter einheitlich in unserm Verbandsorganisiert, und die Elektrizitätsarbeiter weitestgehend ihnen nach, um auch für diese moderne Industriegruppe gleiche Organisationsverhältnisse zu schaffen. Die Gruppe der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerksarbeiter gehört nicht zu der geschlossenen Gruppe innerhalb unseres Verbandes, sondern der Arbeiterschaft überhaupt. Der achtstündige Arbeitstag ist fast restlos durchgeführt. Nur Wochenschichtler arbeiten zum Teil noch sieben Tage oder 56 Stunden pro Woche. Unsere vornehmste Aufgabe ist, auch für die Wochenschichtarbeiter der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke die verkürzte Arbeitszeit durchzuführen. Die Fortzahlung des Lohnes an geschlichen oder angeordneten Feiertagen ist ihr Werk. Die Zeit, wo der Greis nach 40jähriger harter Arbeit in das Armenhaus gestossen wurde, ist vorbei, wenngleich die bescheidene Rente, welche nach Vereinbarung zwischen den zuständigen Organisationen dem Pensionär gezahlt wird, sicherlich noch ausbesserungsbedürftig ist. Nur wenige Jahre ist es her, da schallte den Erwerbslosen das freche Wort ins Ohr: „Wer arbeiten will, der findet Arbeit!“ Heute ist die Erwerbslosenversicherung gesetzlich verankert, und der Arbeitslose braucht nicht mehr um Almosen zu betteln. — Er hat ein Recht zu leben! Die

Zeiten, wo die Werksbesitzer oder deren Betriebsleiter mit den Arbeitern willkürlich umspringen konnten, sind überstanden. Die gerechten Forderungen der Arbeiterschaft finden ihre gesetzmäßige Vertretung in selbstgewählten Betriebsräten.

Heute, am Festtag der Arbeit, ist auszusprechen, daß es nicht immer so war. Einseitige, vom Arbeitgeber angeordnete Festsetzung der Löhne und Arbeitsbedingungen, Verweigerung des Koalitionsrechtes und Brotlosmachung aller derer, welche im Sinne unserer Maiforderungen arbeiteten, dies war der Zustand bis zur Staatsumwälzung 1918. Besonders die Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe haben unter dieser Willkürherrschaft gelitten. Folgender Vorgang aus dem Jahre 1898 demonstriert die Zustände der damaligen Zeit. In einer vom Direktor der Altonaer Gas- und Wasserwerke einberufenen Betriebsversammlung wurde den Arbeitern folgende Mitteilung gegeben:

„Im Auftrage der Direktion der Gas- und Wasserwerke und des Herrn Oberbürgermeisters hoffen wir, daß keiner der städtischen Arbeiter dem Verbands der Gas- und Wasserwerksarbeiter beitrifft, und da ich gehört habe, daß von meinen Arbeitern bereits einige dem Verbands angehören, fordere ich sie auf, bis zum 1. Juni aus demselben auszutreten. Wer dies nicht getan hat, wird entlassen.“

Warum all dieses ins Gedächtnis zurückgerufen wird? Weil die Erzeugnisse der Arbeiterbewegung heute als etwas Selbstverständliches hingenommen werden, weil vielfach an Stelle opferbereiter Arbeit krasser Egoismus getreten ist! Weil ein Teil der deutschen Arbeiterklasse die Fortschritte auf kulturellem und sozialem Gebiet nicht sieht oder gar nicht sehen will! Auch die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe sind heute freie Arbeiter; rechtlich gleichgestellt mit der großen Masse des deutschen Proleta-



riats, welches am heutigen Tage die Forderungen des ersten Mai öffentlich vertritt.

Die Rationalisierung der letzten Jahre hat besonders die Arbeiter der Werke stark in Mitleidenschaft gezogen. An Stelle der Handarbeit ist die Maschinenarbeit getreten. Die Umstellung war verbunden mit der Brotlosmachung Tausender von Arbeitern dieser Werke, welche das Heer der Erwerbslosen vermehrten. Nichts demonstriert besser die Unhaltbarkeit unserer Wirtschaftsordnung als der bestehende Zustand, bei dem Millionen von Händen ruhen, während andere um harken Lohn bis zur Erschöpfung tätig sein müssen. Die Arbeitszeit muß deshalb, der technischen Entwicklung folgend, weiter verkürzt werden, um jedem die Möglichkeit zu geben, seinen Fähigkeiten entsprechend, seine Arbeitskraft in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. So haben die Maiforderungen auch für uns an Interesse nicht verloren, und der Kampf um deren Durchführung ist nicht beendet.

In der Zeit, wo die übrige Arbeiterschaft die Arbeit ruhen läßt, bedienen die Schichtarbeiter die Retorten und zwingen gewaltige Dynamos und Pumpwerke in den Dienst der Menschheit. In Hunderttausenden von Röhren und Millionen von Drähten wird Licht, Wärme und Wasser an die Wohnungen und Festäle des feiernden Volkes abgegeben. Bei der Maifeier sei auch an diese Arbeitnehmergruppe gedacht, die selbst am höchsten Feiertag der Arbeit ihren Posten ausfüllen muß, weil ohne Licht, Wärme und Wasser menschliches Leben nicht pulsiert. J. Orlopp.

Festkultur und Maifeier



ewig besteht die vorzüglichste Aufgabe der Arbeiterbewegung darin, die wirtschaftliche Not des Proletariats zu beheben. Diejenigen, die Mittel und MäÙe haben, sich ästhetischen Problemen zu widmen, mögen uns deshalb groÙe Materialisten nennen. Wir wissen, an tausendfacher bitterer Erfahrung gereift, für die großen Massen sind bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit die Voraussetzungen

zur Hebung des kulturellen Niveaus. In dieser Ueberzeugung nennen wir uns historische Materialisten. Gerade weil unsere innigste Sehnsucht danach strebt, Anteil an den geistigen Gütern der Menschheit zu erlangen, weil wir nicht ewig Zaungäste am Garten der Kunst sein wollen, weil wir eindringen möchten in die Bezirke der Wissenschaft und der Philosophie, deshalb brennt in uns der Wunsch, die den Geist abstumpfende Last übermäßiger Arbeit und Seele zermürbender Not zu verringern. Und dazu brauchen wir jenen glühenden Idealismus im praktischen Handeln für unsere große Sache, den wir im selbstlosen Leben eines Marr, in der nie rastenden Aktivität eines Bebel bewundern.

Weil sie diesen Idealismus des Tuns und das jedes empfängliche Gemüt erhebende Bewußtsein der großen geschichtlichen Mission des Proletariats in die Massen gebracht hat, die sonst im Schatten der Fabriken und Lärm der Maschinen als Arbeitsklaven dumpf dahin vegetieren würden, weil sie in den wirtschaftlich Geknechteten das Gefühl der Menschenwürde wiedergegeben hat, weil sie ständia dabei ist, durch politische und wirtschaftliche Erfolge dem Proletariat Raum zu schaffen zu geistiger Entfaltung, deshalb ist die Arbeiterbewegung die größte Kulturbewegung seit Jahrhunderten.

Diese Bedeutung vor Augen zu führen, ist kein Tag geeigneter als der erste Mai, der Weltfeiertag des Proletariats. Er ist der Tag des Kulturwillens der Arbeiterschaft. Inmitten einer rüstungsstarrten Welt rufen seine wichtigen Demonstrationen den Nationen zu: Die Waffen nieder; fordern sie in einer von der Jagd nach Geld besessenen Zeitepoche: Laßt uns Zeit, Mensch zu sein, auch uns winken die grünen Wälder, auch uns soll der Frühling blühen, gebt uns Zeit für unsere Seele, auch wir wollen uns unserer Familie widmen können, gebt uns Zeit, damit auch wir bei den Angelegenheiten des öffentlichen Lebens in Staat und Gemeinde mitsorgen können.

Der Tag des Kulturwillens der Arbeiterschaft muß aber nun auch in seiner äußeren Form seinem großen Inhalt entsprechen. Das repräsentative Fest der neuen Zeit verpflichtet die Feiernden, legt ihnen auf, für die Bedeutung und Größe dieses Tages einen würdigen Ausdruck zu finden. Doch jede Feier, welche die Arbeiterschaft begeht, stellt gleiche ernste Forderungen, und so erhebt sich bei der Frage um die Gestaltung dieses Tages das Problem der Festkultur in der Arbeiterschaft überhaupt.

Es war ein außerordentlich glücklicher und psychologisch richtiger Gedanke der Propaganda einer der wichtigsten Forderungen der internationalen Arbeiterschaft, dem Achtfundentag einen Feiertag zu weihen. Denn das ist der Sinn aller Feste, einen großen Gedanken oder ein Geschähnis den Menschen zum tiefen Erlebnis werden zu lassen. So wollen z. B. die alt überkommenen Feste des Jahres einen wichtigen Moment des Naturablaufs zum Bewußtsein bringen und den Menschen ihre Verbundenheit oder Abhängigkeit von der Natur vorführen. Unser Werktagsleben ist MüÙe und Plage, so wird zum ersten Bestandteil jeder Feier das Freisein von der täglichen Fron die Arbeitsruhe, damit man sich freudig dem Gehalt des Festes hingeben kann. Maifeier ist gleichbedeutend mit Arbeitsruhe. Ihr stellten sich die Unternehmer immer entgegen. Um so lebhafter wurde dem Proletariat bewußt, wie sehr es im Zwang der Ausbeutung steht, wie notwendig die Aenderung solcher Zustände ist. Feste sind von je Mittel der Massenerziehung gewesen und sie waren die wirksamsten. Drum haben alle Bestrebungen, welche die Massen umfassen wollen, auf ihre Ausgestaltung großen Wert gelegt. Man denke nur an die

katholische Kirche, die größte Lehrmeisterin für die Veranstaltung, die Massen packender Feiern. In Kursen können immer nur verhältnismäÙig wenig Anhänger geschult werden. Selbst mit Dorträgen kommen wir nur an einen Teil der Mitgliedschaft heran. Feiern erfassen einen größeren Kreis, beeinflussen das Gefühl, wirken auf die Sinne. Der Primitive kann mit ihnen gepackt, der Fortgeschrittenste durchschauert werden. Alle Feiern besitzen einen gedanklichen Gehalt, aber zum Wesen des Festes gehört die Wirkung auf das Gefühl. Daraus ergibt sich, mit welchen Mitteln die Feiern auszugestalten sind. Es sind alle jene, die auf die Sinne wirken, in eindringlichster Form sind es künstlerische Mittel.

Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung des Kampfes gegen eine feindliche Welt. Es ist geradezu erschütternd zu sehen, mit welcher bösem Willen auch ihre besten Absichten selbst in den kulturellen Dingen mißverstanden werden, ein Beweis mehr für ihre grundlegende Einstellung, daß das wirtschaftliche Interesse im Kampf der Klassen das Uebergewicht hat, daß es in allen Erkenntnissen und Betrachtungen mitschwingt. So sind alle unsere Feiern und ganz besonders die des 1. Mai erfüllt von einem Willen des kämpferischen Troges, sind sie Aktionen des Klassen-

kampfes selbst im sanften Kleid der schönen MäÙen. Seither war dieser Kampfscharakter der bezeichnendste Zug für den Weltfeiertag. In die Frühlingsfreude der anderen reißt sich die fordernde Faust der Arbeiterdemonstrationen, und aus dem Grau und Dunkel der Marschierenden wächst das aufbegehrende Rot unserer Fahnen. Weil wir uns mit dem Gedanken des Festes erfüllen, uns von ihm anspornen lassen wollen zu weiterem Kampf, feiern wir die Feste, aber auch weil wir den anderen unser Sein und Wollen beweisen. Heute ist noch jede Feier der Arbeiterschaft eine Demonstration gegen die bestehenden Verhältnisse, sei es Revolutionsfeier, sei es Gewerkschaftsfest, — — — sollte es sein, wenn wir uns immer der Größe unserer Bewegung und Würde unserer Aufgabe bewußt wären. Aber es soll schon vorgekommen sein, daß man sich am 1. Mai an den aufrüttelnden Worten des Redners, der unsere großen Ziele pries, begeisterte und nachher den Schwung des ersten Teils der Feier im Bierummel des zweiten, des heitren Teils, im hemmungslosen Gelächter über den schlüpfrigen Vortrag

Horch auf!

Horch auf, du Mensch!
Aus allen dumpfen Gassen
es spricht und blüht
die ewig schaffende Natur.
Umhüllen dich auch finstre Mauern,
so lausche nur —
Allmutter Natur in ihrer Gottheit
wird dir tief in's Herze lassen.
Und Sehnsucht wird in dir sein.
Du wirst schaffen und streben,
daß Licht und Sonnenschein
in allen Gassen wehen.
Du wirst stark werden
und alle Fesseln von dir streifen.
Frohlocken halt auf Erden,
wenn aus dumpfen Gassen Schöpfer-
kräfte reisen.

Horch auf!
Du Mensch, breite deine Arme,
schreite der Sonne entgegen
und beginne dein Werk.

Otto Paulus

eines Komikers, der den Sinn der Feier nicht begriffen und die Würde des Festes beschmüht, ertötete. Es ist eine immer wiederkehrende Unsitte bei den meisten unserer Veranstaltungen, die Feier in einen ernsten und dann in einen heiteren Teil zu scheiden. Schon pädagogisch ist sie so falsch wie möglich, denn die guten und hehren Gedanken, die uns im ersten Teil nahegebracht werden, werden verwischt durch den heiteren, ihr Eindruck bleibt minimal. Dann ist es schon besser, man baut einen Abend ganz im heiteren Ton auf, aber jenes Kompromiß, bei dem man mit dem ersten Teil sein Gewissen gegenüber der erzieherischen Aufgabe, die wir haben, beruhigt, um sich dann um so ausgelassener dem heiteren hinzugeben, ist auf jeden Fall zu verwerfen. Es sei ausdrücklich betont, daß hiermit die Berechtigung des lustigen nicht bestritten wird. Im Gegenteil glauben wir, daß gerade das trübe Dasein des Arbeiters die Sonne des Humors braucht, daß der Proletarier mit Recht es ablehnt, bei seinen Veranstaltungen kein anderes Lied als das vom grauen Elend zu hören. Das richtige ist, daß man eine ausgesprochen ernste Feier veranstaltet, die ganz ihren Charakter wahr, ein andermal eine besondere mit heiterem Inhalt. Es zeugt von sehr primitivem Empfinden übrigens, wenn solche Forderungen mit der Begründung abgelehnt werden, eine Feier müsse doch lustig sein, man wolle sich doch freuen. Das ist gerade das Zeichen der Verkümmung und unserer Kulturlosigkeit, ein Fest sei Amüsement und Vergnügen. Unsere kulturelle Erziehungsaufgabe ist es ja gerade, durch die Feiern der Arbeiterschaft zu zeigen und sie erleben zu lassen, daß der höhere Genuß im Ergriffensein besteht, daß die Erschütterung durch ein großes Kunstwerk zu den seligsten Momenten des Lebens zählen kann. Ja, aber — sagt ein anderer, soweit sind unsere

Leute noch nicht, Kunst verstehen sie noch nicht — und damit ist die Ausrede gefunden, so wie seither weiterzumachen. Es ist gerade umgekehrt, mit Ueberlegungen, Reden, gedanklichen Darlegungen packt man nicht jeden, wohl aber mit der Kunst. Freilich nicht mit jeder künstlerischen Darbietung, sondern nur mit jener, die einfach, volkstümlich und gewaltig zugleich ist. Darin liegt aber die Schwierigkeit, solche Kunstwerke zu suchen und sie entsprechend darzubieten. Aber es scheint gar oft, als ob man da kleinstüchtig sei — auch in bezug auf die Kosten! —; wer bescheiden ist in seinen geistigen Ansprüchen, wird der eine neue Kultur gestalten? Die „verfluchte Bedürfnislosigkeit“, von der Cassalle gesprochen hat, muß auch bei der Darbietung unserer Feiern aufhören. Der 1. Mai fordert eine tiefgehende Aenderung der Gesellschaft. An ihm singen wir hoffnungsfroh und siegesgewiß „Mit

uns zieht die neue Zeit“. Aber auch der Spießer singt sich in der Kneipe hinterm Bierstopp gern große Worte vor, um sein Selbstbewußtsein zu heben. Wer glaubt uns unser Anderssein, wenn wir in der gleichen stickigen Atmosphäre sitzen und gar oft zu des Spießers Melodien nur andere Worte wählen: „Wer schafft das Gold zu Tage“... Wir Armen haben noch keine herrlichen und erhebenden Sätze, wie das reiche Bürgertum, für unsere Feiern — obwohl auch das in vielen Orten, und wo der Wille vorhanden ist, nicht mehr zutrifft — aber muß der Armut im Äußeren eine Armut des Geistes, eine Kümmerlichkeit des Wollens entsprechen? An der Art, wie wir unsere Feste begehen, zeigt sich das erzieherische Verantwortungsbewußtsein der Leitung, zeigt sich die kulturelle Höhe der Feiernden. D. H.

Der Erde Glück, der Sonne Pracht . . . !



s ist schon lange, lange her; aber dennoch kann ich mich deutlich an jene Mai-feier erinnern, die meine erste war. Ich stand damals im fünfzehnten Lebensjahre und arbeitete in einer Glasfabrik, in der ich gleich am Tage nach der Entlassung aus der Schule eingetreten war. Diese Glasfabrik dehnt sich noch heute gegenüber den schwarzgrauen Mietkasernen aus, in deren einen ich in einer Dachstube zur Welt gekommen war. Nur die Straße, die, von der Stadt kommend, durch das öde Fabrikviertel zieht, trennt die Glasfabrik von den Zinshäusern, hinter denen sich der Bahndamm dahinzieht, auf dem lange Lastzüge, von heuchelnden Lokomotiven gezogen, dahinkrochen oder Schnellzüge vorüberfuhren, daß die Mietkasernen erzitterten. Der Lärm der Züge überstimmte dann immer für eine Weile das dumpfe Getöse, das bei Tag und Nacht aus der Glasfabrik herüberkollte. Stundenlang habe ich als Kind diesem Getöse gelauscht, hörte es anschwellen und wieder schwächer werden; dann schwell es wieder an wie das Brausen des Sturmes. Dumpfe Schläge klangen dazwischen und das helle Geklirre aufeinanderschlagender Flaschen überstimmte zuweilen sogar das Rollen der Eisenbahnzüge. Das Lied der schaffenden Arbeit war es, das da aus der Fabrik in unsere Stube drang und das wohl auch mein Wiegenlied war, dessen wilden und dennoch eintönigen Ritornellen ich gelauscht habe, ohne zu wissen, woher sie kamen. Erst als ich größer geworden war, erfuhr ich, daß das Getöse aus der Fabrik kam. Sie hat auch sonst mein Fühlen und Denken während meiner Kinderjahre sehr stark beeinflusst. Ohne sie konnte ich mir auch in den späteren Jahren die Welt schlechterdings nicht vorstellen. Arbeitete doch mein Vater und die ganze Verwandtschaft in der „Hütte“, wie die Glasfabrik allgemein von den Leuten genannt wurde. Und diese „Hütte“ gehörte eben zu dem Weltbild, das ich mir geschaffen, so wie die Sonne und der Himmel, an dem sie dahinzog. Was war natürlicher, als daß ich, aus der Schule entlassen, auch körperlich in ihren Bann gezogen wurde und in ihr arbeitete.

In der ersten Zeit tat ich dies mit einem gewissen Stolz. Das Bewußtsein, daß ich mir nun mein Brot selber verdiente, erfüllte mich mit Genugtuung. Darob vergaß ich vorerst sogar, wie häßlich dieses Brot war. Dafür kam mir dies später um so deutlicher zum Bewußtsein. Aber schon nach wenigen Monaten, während welcher Arbeit und Schlaf einander ablösten, begann ich die Leere meines damaligen Lebens zu empfinden, ohne daß ich mir dessen eigentlich recht bewußt geworden wäre. Ich fühlte nur dumpf, daß ich mir während meiner Schuljahre das Leben so ganz anders vorgestellt hatte, als ich es noch durch das Schullesebuch gesehen. Bestand denn das Leben nur aus Arbeit, Schlaf und Essen? Hatte es sonst gar nichts anderes zu bieten als die Zerstreuungen, die meine Arbeitskollegen beim Kartenspiel und Trinkgelagen suchten und fanden? War das alles, was ich vom Leben zu erwarten hatte? Und sonst nichts?

Mein stolzes Bewußtsein, das mich anfangs erfüllte, hatte mich verlassen. Das Leben, dem ich nun gegenüberstand, war anders, so ganz anders, wie es mir, aus der Schule gesehen, vorgekommen war. Verzagt und nutzlos lebte ich in den Tag hinein, indes das Gefühl der inneren Leere immer drückender in mir wurde.

Es kam das Frühjahr und mit ihm der 1. Mai, zu dessen Feier die Arbeiterschaft der umliegenden Fabriken schon wochen-

lang vorher Vorbereitungen getroffen hatten. Ein Festzug sollte aus dem Fabrikviertel nach der etwa eine halbe Wegstunde entfernten Stadt marschieren und sich dort auf dem Marktplatz mit den übrigen feiernden Arbeitern vereinigen.

Der 1. Mai brach an. Ein wunderbarer Frühlingmorgen lag über der Welt. Sein Glanz ließ sogar die grauen Mauern und die ruhigen Sclote der Fabriken freundlicher erscheinen, obwohl sie sich wie häßliche Ungetüme emporreckten und scharf von dem stahlblauen Frühlingshimmel abhoben. Festlich gestimmt zogen wir in geordnetem Zuge zur Stadt. Voran eine Musikkapelle. Der Zufall wollte es, daß sie den Sozialistenmarsch zu spielen begann, als wir an der Glashütte vorbeimarschierten. Und aus vielen hundert Kehlen ertönte das Lied, das ich schon oft und oft hatte singen hören und auch selber schon oft gesungen hatte, ohne daß mir aber sein tiefer Sinn klar geworden wäre. Nun aber, angefaßt der ruhgeschwärtzten Mauern der Fabriken, an denen wir vorüberzogen, an denen sich unser Gesang brach und von ihnen widerhallte, wurde mir mit einem Male der ganze Inhalt des Liedes klar.

„... Es gilt die Arbeit zu befreien,
Es gilt der Arbeit Auserkneht!“

Und wie eine Offenbarung klangen mir die Worte:

„Der Erde Glück, der Sonne Pracht,
Des Geistes Licht, des Wissens Macht,
Dem ganzen Volke sei's gegeben...“

Was ich schon seit Monaten dumpf gefühlt hatte, war mir nun mit einem Male klar: die Armeligkeit des Arbeiterlebens. Die Welt und das Leben haben sicherlich mehr, viel mehr zu bieten, als ich und meine Schicksalsgenossen zu träumen wagten. Die Welt, das Leben sind schön, herrlich und groß! Nur unser Dasein ist eintönig, freudlos und trübe. Die Gedanken, die da auf mich einstürzten, beschäftigten mich derart, daß ich ganz das Singen vergaß und nur, vom Rhythmus des Massenschrittes gebannt, mechanisch im Zuge mitschnitt. Als dann in der Stadt der Redner davon sprach, wie ungerecht die gegenwärtige Gesellschaftsordnung ist, da sprach er das aus, was ich unterwegs empfunden und gedacht hatte. Als er aber von der Bedeutung der Mai-feier und von dem Kampf sprach, den die Arbeiter gemeinsam gegen die ungerechte, unheilbare Gesellschaftsordnung führen und von dem Sieg der gerechten Sache der Arbeiter, da jauchzte ich innerlich auf. Alles was der Redner sagte, war mir so klar und so selbstverständlich. Ja, so mußte es kommen, wie er sagte, und es mußte bald kommen! Die Arbeiter brauchen nur zu wollen!

Die Leere, die ich vordem in meinem Dasein so drückend empfunden hatte, war von diesem Tage an aus mir gewichen. Wußte ich doch nun, daß das Leben außer der Arbeit, dem Essen und dem Schlafen noch einen anderen, schöneren Inhalt haben kann: Die Anteilnahme an dem Kampf gegen den Kapitalismus, der dem Volke das Glück der Erde und die Pracht der Sonne vorenthält.

Seither sind viele Jahre vergangen. Sie haben uns Siege und Niederlagen, frohe und trübe Mai-feiern gebracht. Diese vielen Jahre lehrten mich auch, daß die Wirklichkeit des Sozialismus nicht so einfach ist, wie ich es mir damals in der Enge meines damaligen Gesichtskreises vorgestellt habe. Aber von dem endgültigen Siege des Sozialismus bin ich heute noch fester überzeugt, als ich es damals war!

Heinrich H o l e h, Wien.

Die Reichs- und Staatsarbeiter am 1. Mai 1929



um zehnten Male feiern wir Reichs- und Staatsarbeiter den 1. Mai. Es ist also eine Art Jubiläumsmesse, die wir begehen. Wenn man aber bedenkt, daß die deutsche Arbeiterschaft dieses Fest schon seit vierzig Jahren feiert, so ist schon aus dem rein zahlenmäßigen Verhältnis ersichtlich, daß in der historischen Vergangenheit der letzten vier Jahrzehnte sich eine Veränderung vollzogen hat, die sich zugunsten der Reichs-

und Staatsarbeiter auswirkte. Und in der Tat hat sich auch eine Entwicklung vollzogen, ausgehend von der Novemberumwälzung des Jahres 1918, die den Reichs- und Staatsarbeiter wenigstens theoretisch, praktisch aber leider nur zum Teil, gleichberechtigt mit der übrigen Arbeiterschaft gemacht hat. Was vor dem November 1918 lag, war für unsere Kollegen in den Reichs- und Staatsbetrieben ein Stück finsterner Reaktion und Gwalttherrschaft. Unterdessen ist vieles anders geworden und — sprechen wir es ganz offen aus — besser geworden. Unsere Kollegen in den Reichs- und Staatsbetrieben haben heute reiflos geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Sie haben die Möglichkeit, dank der neuzeitigen arbeitsrechtlichen Gesetzgebung Deutschlands, die Interessen ihrer Kollegen in den Betriebsvertretungen wahrzunehmen. In den Tarifverträgen sind soziale Einrichtungen vorgesehen, die in der Vorkriegszeit höchstens auf dem Papier gestanden haben, und wo schon einmal etwas Positives vorhanden war, da war es in der Auswirkung so minimal, daß es kaum irgendwelche beachtliche Wirkung für die Arbeiterschaft hatte.

Wenn man also die zehn Jahre seit dem 1. Mai 1919 bis jetzt in ihrer Gesamtauswirkung einer Betrachtung unterzieht, so darf man sie zum mindesten als die Periode einer fruchtbringenden Tätigkeit in der Geschichte der Reichs- und Staatsarbeiter bezeichnen. Und doch müssen wir gerade bei der diesmaligen Messfeier mit Bedauern feststellen, daß uns die Erfolge der letzten Jahre durchaus nicht befriedigen. Es ist geradezu eine Tragik, daß heute noch in den Reichs- und Staatsbetrieben Wochenlöhne von 25 bis 30 Mk. bezahlt werden. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß wir auch dieses Jahr wiederum dazu benutzt haben, die Lohnarifverträge fristgemäß zu kündigen, und so schleppen wir uns nun seit mehr denn einem Vierteljahr mit dieser Lohnbewegung von einer Woche zur anderen weiter und alle unsere Bemühungen, diesem bis ins Groteske gehenden Trauerspiel ein Ende zu bereiten, sind bisher fehlgeschlagen.

Zwei Dinge sind es, die in diesem Jahre stärker als jemals zuvor sich als Hinderungsgrund für eine erfolgreiche Beendigung dieser Lohnbewegung erweisen haben; einmal der ungeheure Druck, den die Reichsbahndirektion seit Jahr und Tag auf die Reichsregierung ausübt und zweitens die in Deutschland anscheinend immer stärker werdende Ministerialbureaukratie.

Zwei Faktoren, die anscheinend von zwei ganz verschiedenen Gesichtspunkten ausgehend, aber einig und geschlossen in dem Ziel, den Arbeitern keine Lohnerhöhung zuteil werden zu lassen, eine schier unüberwindliche Macht darstellen. Die Reichsbahngesellschaft — wohl der zurzeit reaktionärste Arbeitgeber in Deutschland — stützt sich bei ihrer Einstellung darauf, daß ihr Betrieb infolge der Reparationslasten weitere Lohnerhöhungen nicht tragen kann. Es ist gewiß nicht zu verkennen, daß es für die Reichsbahngesellschaft nicht einfach ist, 600 bis 850 Millionen Mark jährlich an Reparationslasten zu tragen. Auf der anderen Seite steht aber fest, daß es sich bei der Reichsbahngesellschaft nicht um ein Nichtkönnen, sondern in überwiegendem Maße um ein Nichtwollen handelt. Das hat sich ganz besonders bei der diesjährigen Bewegung mit aller Deutlichkeit gezeigt. Als Beweis für diese Behauptung dürfte folgender Vorgang dienen: Das Reichsfinanzministerium, das Reichspostministerium und mit sehr viel Wahrscheinlichkeit auch die preussische Staatsregierung wären z. B. durchaus bereit gewesen, das Lohngebiet I aufzuheben, dessen Bestehen sich ja von jeher als eine Ungerechtigkeit schlimmster Art erwiesen hat. Die Aufhebung dieses Lohngebietes I würde nach eigener Angabe der Reichsbahndirektion etwa zehn Millionen Mark jährlich kosten, aber aus purer Abreignung gegen jede Lohnerhöhung hat man selbst dieses minimale Zugeständnis abgelehnt und ist soweit gegangen, auf die Reichsregierung einen Druck auszuüben, damit auch dort die Genehmigung für die Aufhebung dieses

Gebiets wieder beseitigt wurde. Daß dabei die Reichsbahndirektion in einem Schreiben an das Reichsfinanzministerium den Satz geprägt hat, daß in Ostpreußen eine Lohnerhöhung am allerwenigsten notwendig sei, ist vom Standpunkt der Staatspolitik aus gesehen, ganz gelinde ausgedrückt, eine Ungeschicklichkeit sondersgleichen. Aber bei der Reichsbahngesellschaft muß man, wenn es soziale Fragen für die Arbeiterschaft zu lösen gibt, mit den unmöglichsten Dingen rechnen. So hat vor einigen Tagen „Der Deutsche“, festgestellt, daß die Deutsche Verkehrsbahndirektion in ihrem Bericht an den Reparationsagenten mitgeteilt habe, der deutsche Reichsbahnarbeiter bezöhe einen wöchentlichen Durchschnittslohn von 45 Mk. Dabei ist dem Satz angefügt, für den Arbeiter hat sich der Stundenlohn seit 1913 mehr als verdoppelt.

Auf diese Feststellung baut der Kommissar sein Gutachten auf und versucht selbstverständlich, bei den Reparationsverhandlungen in Paris den Nachweis zu erbringen, daß die Belastung der Reichsbahn nicht zu hoch sei. Angesichts einer solchen Einstellung braucht man sich nicht zu wundern, wenn im Ausland ein absolut falsches Bild über die deutschen Verhältnisse hervorgerufen wird. Aber das alles schreit die Herren von der Reichsbahngesellschaft ziemlich unberührt zu lassen. Man begnügt sich damit, hohe Direktorengehälter zu bezahlen, jährlich 25 Millionen Mark Korruptionszulagen auszuwerfen und auf die Reichsregierung einen Druck auszuüben, den Reichs- und Staatsarbeitern ja keine Lohnerhöhung zu gewähren.

Neben diesen reaktionären sich auf die angeblich finanzielle Notlage ihres Betriebes stützenden Direktoren erscheint dann unsere nie verlassende Ministerialbureaukratie, die auch immer dann regelmäßig zur Stelle ist, wenn es gilt, den Kampf gegen Lohnforderungen der Arbeiter aufzunehmen. Bedauerlich ist nur, daß diesmal in diesem Kampf als Kuser im Streit das preussische Finanzministerium vorangegangen ist.

Bar jeden sozialen Verständnisses, von keinem Schimmer Verständnis belastet, wie es in dem Haushalt eines Arbeiters aussieht, ja, im entscheidenden Augenblick vor offenkundigen Unrichtigkeiten nicht zurückschreckend, üben diese Leute ihr sozialrücksichtloses Handwerk aus und werden dafür von der Republik bezahlt. Bismarck soll einmal gesagt haben, er sei mit allen Mächten fertig geworden, nur mit dem preussischen Geheimrat nicht. Fast hat es den Anschein, als ob diese Worte Bismarcks heute erhöhte Bedeutung gewonnen haben, denn was sich diese Ministerialräte — die mit dem preussischen früheren Geheimrat identisch sind — alles leisten, das ist uns in den letzten drei Wochen mit erschreckender Deutlichkeit klar geworden.

Nur ein Beispiel dafür: Als wir am 9. Februar bei den ersten Lohnverhandlungen die Notlage der Reichs- und Staatsarbeiter schilderten und dabei feststellten, daß in einem Orte Deutschlands der Lohn des Gemeindearbeiters (die Gemeinde wird allerdings in ihrer Mehrzahl von Sozialdemokraten regiert) 34 Pf. pro Stunde mehr beträgt als der Lohn der Reichs- bzw. Staatsarbeiter, brachte es dieser Ministerialrat fertig, den Zwischenruf zu machen: „Das ist ein Skandal!“ Wir sind ihm die Antwort darauf nicht schuldig geblieben und sprechen es auch hier ganz offen aus, uns scheint es ein Skandal zu sein, daß solche Leute der preussischen Regierung dazu berufen sind, Arbeiterfragen zu behandeln. Wenn wir also jetzt am 1. Mai gemeinsam mit der übrigen Arbeiterschaft Deutschlands den Weltfeiertag des Proletariats begehen, dann wird unser spezieller Kampf vor allen Dingen heute und für die Zukunft auf die Beseitigung der noch in den Ministerien sich breitmachenden Ministerialbureaukratie gerichtet sein müssen. Minister kommen und gehen; die Ministerialräte bleiben. Mit ihnen haben wir den Kampf zu führen und wenn wir in Zukunft erfolgreich sein wollen, dann werden wir das nur können, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Deswegen muß unsere Forderung am 1. Mai, die wir an unsere Reichs- und Staatsregierung stellen, lauten: „Wollt ihr aus dem demokratisch-republikanischen Deutschland auch eine soziale Republik machen, dann schafft erst die Voraussetzungen dafür; setzt Männer an diese Stellen, die auch Verständnis für die Nöte des Volkes haben.“ Erst dann, wenn dies der Fall ist, werden auch die Reichs- und Staatsarbeiter von der ihnen im Jahre 1918 gewordenen theoretischen Freiheit und Gleichberechtigung die praktische Auswirkung verspüren.

Das Washingtoner Abkommen muß ratifiziert werden



er 1. Mai, der Weltfeiertag der Arbeit, war von Anfang an der bedeutendste Kampftag des internationalen, sozialistisch denkenden Proletariats zur Erhängung des Achtstundentages. Der vierzigjährige Kampf seit dem Internationalen Arbeiterkongress in Paris um diese verkürzte Arbeitszeit zeigt, was Ausdauer, Fähigkeit und Organisation vermögen, um weitgesteckte Ziele und Ideale trotz aller Schwierigkeiten zu erreichen. Als dieser Kongress sein sozialpolitisches Programm beschloß, dessen bedeutendste Forderung der achtstündige Maximalarbeitsstag ist, da sah es noch ungemein trauriger aus um die soziale Lage des Proletariats als heute. Da herrschte noch der elf- bis zwölfstündige Normalarbeitsstag vor. Man denke nur an die damals unmenschlich langen Arbeitszeiten der Arbeiter in den Gaswerken. Da war von einer Technisierung der Betriebe im heutigen Sinne noch keine Spur vorhanden und die Arbeit vor den horizontalen Retorten ungemein schwerer als heute bei den Kammeröfen, so daß sie sowieso die reine Menschenschinderei war. Dazu herrschte noch die Zwölfstunden- schicht und bei Schichtwechsel war die Länge des Arbeitstages mindestens 18 Stunden, vielfach sogar 24 Stunden. Unter solchen Umständen stand natürlicherweise auch das Kulturniveau der Arbeiter tiefer als heute. Die einzige Erholung von dieser geist- und körpertötenden Ausbeutung bei schlechtem Lohn und wenig Brot war der Sorgenbrecher Alkohol.

Wie konnten in solche ausgemergelten Körper und Seelen Ideale, die Organisationen schaffen, gepflanzt werden? Das Ideal des Achtstundentages war nicht nur dem bornierten Unternehmertum eine Utopie, sondern selbst die meisten Arbeiter belächelten den Gedanken als undurchführbar.

Aber das Häuflein Pioniere der jungen Arbeiterbewegung ließ sich nicht irre machen. Stein für Stein wurde mühsam zum Bau der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter zusammengetragen unter größter Gefahr schwerer Maßregelungen durch die Unternehmer, brutaler Polizeiverfolgungen und drakonischer Gerichtsurteile. Erst mit den allmählich wachsenden Organisationen und dem langsam steigenden Kampfesmut der Arbeiter konnte neben anderen Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses an die Erreichung von Arbeitszeitverkürzungen herangegangen werden. Langsam zwar, aber doch stetig, ging es vorwärts. Halbe Stunde für halbe Stunde, oft erst nach langen Zwischenpausen konnte dem Unternehmertum, meistens erst nach schweren Kämpfen, abgerungen werden. Und so kam es, daß bei Ende des großen Krieges die Arbeiterschaft in der Hebung ihrer sozialen Lage (soweit die Aushungerung der deutschen Arbeiter durch die Entente es zuließ) ein gutes Stück vorangekommen war. Das traf besonders auf die Verkürzung der Arbeitszeit zu, zumal an den Verhältnissen zur Zeit des Frühkapitalismus gemessen. Hier und da bestand sogar schon der Achtstundentag. Aber im allgemeinen war man von dieser Arbeitszeit noch erheblich entfernt.

Da, als ob Lassalles Theorie vom Eheren Lohngehalt, auf die Arbeitszeit angewandt, sich bewahrheiten sollte, zeigten sich bei Beendigung des Menschenmassenschlachten die Unternehmer, wenn auch widerstrebend, bereit, den Achtstundentag den durch den Krieg verelendeten Arbeitern zuzugestehen: National (in Deutschland) durch die „Vereinbarung zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften der Arbeitnehmer“ vom 15. November 1918, international durch das Abkommen von Washington vom 28. November 1919. Damit schien der Achtstundentag wenigstens in den bedeutendsten Kulturländern errungen zu sein, zumal in Deutschland durch Anordnungen der Reichsregierung vom 23. November 1918 und vom 18. März 1919 und durch ähnliche Maßnahmen einiger ausländischer Staaten die achtstündige Arbeitszeit gesetzliche Einrichtung wurde. Aber:

„Kaum war das Wort dem Mund entfahren, möcht ers im Busen gern bewahren“.

Kaum hatten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland etwas gebessert, da war die Unternehmerliebe für den Achtstundentag auch schon wieder verfliegen. In jeder Weise versuchte das Arbeitgebertum den Achtstundentag zu sabotieren, indem es an dieser Vereinbarung und bei den genannten Regierungs-

anordnungen seine Auslegungshünfte anwandte, durch Gesetze in der Presse, in Versammlungen, im Reichswirtschaftsrat und im Reichstag den Achtstundentag als unhaltbar bezeichnete und ihn vielfach überhaupt nicht durchführte. Nur die energische Abwehr der Arbeiter verhinderte, daß wir in die Dornovemberverhältnisse zurückfielen.

Da kam den Scharfmachern der Zusammenbruch der deutschen Währung und der Ablauf der Demobilisierungsverordnungen am 18. November 1923 gerade recht. Mit den diversen Arbeitszeitverordnungen auf Grund der Ermächtigungsgesetze erreichten sie, daß auf gesetzlichem Wege wenigstens eine starke Durchlöcherung des Achtstundentages eintrat. Daran hat auch das Arbeitszeitnotgesetz wenig geändert. Und inwieweit das kommende Arbeitszeitschutzgesetz, auf das besonders der verflozene Reichsarbeitsminister Dr. Brauns immer wieder tröstend und beschwichtigend hinwies, „Besserung“ bringt, das sagt die von der letzten Bundesausschussung des ADGB. angenommene Entschließung.

Wie im Inlande, so im Auslande. Die Kapitalisten bleiben sich in allen Ländern gleich. Das plötzliche Bekenntnis der deutschen Industrieherrnkaste zum Achtstundentag (das freilich mehr der schlotternden Angst vor der Revolution, als ihrer „Liebe“ zu den verelendeten Arbeitern entsprang) wirkte auf die Siegerstaaten und einige Neutrale aufmunternd. Dort wollten die Machthaber auch zeigen, daß sie ein Herz für die Arbeiter haben. Die „Internationale Organisation der Arbeit“ mit dem „Internationalen Arbeitsamt“ in Genf wurde geschaffen, die ihre erste Konferenz im November 1919 in der amerikanischen Hauptstadt Washington abhielt. (Deutschland wurde die Beteiligung an dieser Konferenz von den Siegerstaaten unmöglich gemacht.) Am 28. November 1919 nahm diese Konferenz ein Abkommen an, das die Arbeitszeit grundsätzlich auf acht Stunden begrenzt, leider aber auch zahlreiche Ausnahmen vorsieht. Das Abkommen wurde mit 83 gegen zwei Stimmen beschlossen. Dafür stimmten die Regierungsvertreter von Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, England, Italien, Holland, Polen, Schweden, der Schweiz, der Tschechoslowakei usw. Ebenso stimmten alle Arbeitgebervertreter aus allen Ländern für das Uebereinkommen. Dagegen votierten nur der kanadische und der norwegische Arbeitgebervertreter. Aber diese „Sympathie“ für den Achtstundentag hielt auch bei den in Washington vertretenen Ländern nicht lange vor. Das dort beschlossene Abkommen konnte nur durchgeführt werden, wenn es von den einzelnen Staaten ratifiziert, d. h. genehmigt und vollzogen wird. Bis jetzt haben aber erst elf Staaten die Ratifikation beschlossen und von diesen nur Belgien bedingungslos. Sechs Staaten ratifizierten das Abkommen mit sachlichen Einschränkungen und vier Staaten (Österreich, Italien, Lettland und Frankreich) nur unter der Bedingung, daß es auch die großen Industriestaaten tun. Deutschland und England haben bisher nur platonische Liebeserklärungen zur Ratifikation abgegeben. In Deutschland wartet man, bis England vorangeht, und wie wenig eilig es die englischen Kapitalisten mit der Ratifizierung haben, das beweisen die Revisionsbestrebungen, die die reaktionäre Regierung Baldwin in den letzten beiden Jahren gezeigt hat. Hier sei noch einmal auf die Ausführungen darüber in Nummer 16/1929 der „Gewerkschaft“ hingewiesen.

Die Arbeiterschaft muß die Ratifikation des Washingtoner Abkommens von allen Staaten verlangen aus Gründen der internationalen Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die Arbeitsverhältnisse müssen nach Möglichkeit international gleichmäßig geregelt werden, um die Lage der Arbeiterschaft ganz allgemein und nicht nur in den kapitalistisch fortgeschrittenen Ländern zu heben. Dabei wird vor allem vermieden die Schmutzh Konkurrenz der aus Ländern mit schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen aus-, in Länder mit besseren Verhältnissen einwandernden kulturell rückständigeren Arbeiter. Die relativ günstige gesetzliche Arbeitszeitregelung in den einzelnen Ländern genügt nicht, weil solche Gesetze viel leichter verschleudert werden können, als wenn die Staaten an internationale Abkommen gebunden sind.

Wenn wir am 1. Mai für den Achtstundentag eintreten, so fordern wir nicht zuletzt die Ratifikation des Washingtoner Abkommens.

G. R.

Der 1. Mai und die Frauen



Am 40. Male feiern wir den Weltfeiertag der Arbeit. Jedes Jahr demonstrieren wir auf neue für die Hauptforderungen der Arbeiterschaft, Achtstundentag und Arbeitsschutz! Schrittweise sind in den 40 Jahren Teilerfolge erzielt worden. Am meisten interessiert an der Durchsetzung dieser Hauptforderungen sind die Frauen, die neben ihrer beruflichen Tätigkeit noch vielfach ihren Haushalt besorgen und außerdem die schwierige Aufgabe der Mutterschaft erfüllen müssen. Die Frauen fordern daher neben dem allgemeinen Arbeitsschutz den Ausbau des bestehenden Mutterschutzes, Einbeziehung der Hauswirtschaft und Landwirtschaft in diesen Mutterschutz, Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen, Anerkennung der Mutterschaft als gesellschaftliche Leistung und Gleichberechtigung der Frau auch in der heutigen Ehe!

Betrachtet man den in Deutschland bestehenden Mutterschutz, so muß zugegeben werden, daß in der Zeit nach der Revolution große Fortschritte erzielt wurden. Jede Frau hat das Recht, vier eventuell auch sechs Wochen vor der Niederkunft die Arbeit niederzulegen und darf sie erst sechs Wochen nachher wieder aufnehmen. Für diese 10 resp. 12 Wochen erhält sie Krankengeld. Leider wird dieses Recht nur von einem Teil der Frauen ausgenutzt, denn das Krankengeld beträgt nur die Hälfte des Grundlohnes. Zu einer Zeit also, wo die Frauen eine Reihe Mehrausgaben zu erwarten haben, wird ihr Verdienst um die Hälfte herabgesetzt. Dazu kommt noch die Sorge um den Verlust der Stellung. Aus diesen Gründen arbeiten heute noch, trotz der bestehenden Schutzbestimmungen, sehr viele Frauen bis zur letzten Stunde. Dadurch wird nicht allein die Gesundheit der Frauen schwer geschädigt, sondern auch Leben und Gesundheit der Kinder gefährdet. Ganz außerordentlich groß sind diese Schädigungen in den verschiedenen Industrien, insbesondere in der Textil- und der Tabakindustrie. Es sind daher auch in den Industriegebieten die meisten regelwidrigen Geburten, Frühgeburten und Totgeburten zu verzeichnen. Wir müssen daher fordern, daß für die Zeit der Schutzfrist, die unserer Meinung nach auf drei Monate vorher und ebensolange nachher zu erhöhen sind, der Frau kein materieller Schaden entstehen darf. Zum Krankengeld muß entweder ein Zuschuß bis zur Höhe des Verdienstentganges aus Staatsmitteln gezahlt werden, oder aber, wie von dem bekannten Bevölkerungspolitiker, Professor **Crotjahn**, vorgeschlagen, eine Mutterschaftsrente eingeführt werden, die von den kinderlosen, Kinderarmen und Ledigen je nach ihrem Einkommen bestritten werden müßte. Erst dann wird ein wirksamer Mutterschutz garantiert.

Am schärfsten aber muß von allen Frauen die Ausschließung der in der Hauswirtschaft und Landwirtschaft tätigen Frauen vom Mutterschutz bekämpft werden. Gerade auf diese Berufsangehörigen entfallen nach der Statistik die meisten unehelichen Geburten. Diese Frauen, die zu den wirtschaftlich schwächsten Gruppen von Arbeitnehmern gehören, müssen ja, wenn sie sich Mutter fühlen, zur Verzweiflung getrieben werden. Entweder vertrauen sie sich Pflüchern an und setzen dabei ihr Leben aufs Spiel, oder aber sie bringen, um ihre Stellung nicht zu verlieren, unter unsäglichem Qualen, ohne jede Hilfe, heimlich ihr Kind zur Welt. In dieser Stunde größter körperlicher und seelischer Not geraten sie in die schwersten Konflikte, und schon manche Frau ist zu Handlungen gekommen, die sie für ihr ganzes Leben unglücklich gemacht haben.

Trotzdem wir heute die uneheliche Mutterschaft ebenso achten wie die eheliche, ist doch noch sehr vieles reformbedürftig. Insbesondere die rechtliche Lage des unehelichen Kindes muß der des ehelichen Kindes gleichgestellt werden. Ist es nicht geradezu ein Hohn auf jedes menschliche Empfinden, daß nach unserem heutigen Gesetz der Vater mit seinem unehelichen Kinde nicht verwandt ist! Diese Tatsache einem unkultivierten Menschen begreiflich zu machen, dürfte kaum möglich sein. Die kultivierten Menschen aber fanden dies so selbstverständlich, daß sie es gesetzlich verankerten.

Im Leben einer jeden Frau kommt einmal die Zeit, in der mehr oder weniger intensiv die Sehnsucht nach dem Kinde in ihr wach wird. Viele Frauen müssen heute auf das Glück der Mutter-

schaft verzichten, weil innerhalb der Ehe die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Wohnungsnot hinderlich im Wege stehen und außerhalb der Ehe ohne Verlust der Stellung kaum eine Frau die Mutterschaft auf sich nehmen kann. Welche Glücksquelle würde mancher einsam im Leben stehenden Frau erschließen werden, wenn sie ein Kind ihr eigen nennen könnte. Viele Frauen — auch außerhalb der Ehe — würden gern und froh die Mühsale von Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett ertragen, wenn sie die Gewähr hätten, daß alle wirtschaftlichen Nachteile, die ihnen durch die Mutterschaft entstehen, vom Staat übernommen werden. In der Wertung der Mutterschaft als gesellschaftliche Leistung liegt das wirksamste Mittel zur Steigerung des ungeheuren Geburtenrückganges. Es muß daher immer wieder aufs neue die Forderung nach Anerkennung der Mutterschaft als Leistung für die Allgemeinheit erhoben werden.

Ganz besonders im argen aber liegt es mit der Gleichberechtigung der Frauen in der heutigen Ehe. August Bebel schrieb in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“, das heute noch ganz zeitgemäß ist und von jeder Frau studiert werden müßte: „Das erste menschliche Wesen, das in Knechtschaft kam, war die Frau. Sie wurde Sklavin, ehe der Sklave existierte.“ Ein Rest dieser Knechtschaft ist noch in der heutigen Ehe zu finden. In der deutschen Verfassung steht zwar ein wunderschöner Satz: „Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutze der Verfassung. Sie beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter.“ Wenn man aber das bürgerliche Gesetzbuch durchblättert, findet man das Gegenteil. Der Mann ist das Oberhaupt der Familie! Er hat das alleinige Verfügungs- und Bestimmungsrecht über die Kinder, trotzdem im Gesetz wiederholt von der „elterlichen Gewalt“ die Rede ist. Aber nicht nur über die Kinder besitzt der Mann die Gewalt, er hat auch die „eheliche Gewalt über die Frau“! Der Mann hat das Recht, seine Zustimmung zu verweigern, wenn die Frau ein Ehrenamt annehmen oder einen Beruf ergreifen will, weil sie nach dem Gesetze verpflichtet ist, ihm den Haushalt zu führen! Der Mann hat weiter das Verfügungs- und Verwaltungsrecht über das Vermögen der Frau und der Kinder sowie die Nuzniehung desselben. Ja sogar über das Einkommen, das die Frau während der Ehe erwirbt, kann der Mann verfügen. Am schwersten fühlbar werden diese Bestimmungen, wenn eine Trennung der Ehe — sei es aus Verschulden der Frau oder des Mannes — erfolgt. Trotz jahrelanger intensiver und aufopfernder Mitarbeit der Frau verbleibt das gemeinsam Erworbene im Besitze des Mannes! Nur das mit in die Ehe gebrachte Gut erhält die Frau zurück. Wie sieht es aber damit in den heutigen Ehen aus? Erst nach der Eheschließung wird in gemeinsamer Arbeit der Hausstand angeschafft. Nur wenn bei der Eheschließung Gütertrennung vereinbart wurde, verbleibt der Frau auf alle Fälle der Anspruch auf ihr Eigentum. Aber in welcher unserer Ehen kommt eine solche Vereinbarung zustande? In der Brautzeit, der Zeit der größten Glückseligkeit, denkt doch kaum ein Mädchen daran, daß „ihre Ehe“ einst auseinandergehen könnte. In den meisten Fällen haben die Mädchen auch keine Ahnung von den gesetzlichen Bestimmungen, die beweisen, daß diese Gesetze von Männern geschaffen wurden. Bei einer Mitarbeit der Frau in der Gesetzgebung wären solche Bestimmungen niemals zustande gekommen. Hat sich doch die 10jährige Mitarbeit der Frau im Reichstag nicht nur beim Mutterschutz, sondern auch auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung schon ausgewirkt. Als Mafiorderung müssen wir daher die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Ehe verlangen!

Die Frauen sind die Mütter des kommenden Geschlechts. In ihren Händen liegt die Erziehung der Kinder! Freie, gleichberechtigte Frauen werden im Vollgefühl ihrer Verantwortlichkeit ihre Kinder zu freien Menschen erziehen, in denen Klassen-solidarität und Klassenbewußtsein so fest verankert sind, daß keine Macht der Erde sie vom Sozialismus entfernen kann. Diese freien Menschen werden dann das Werk, das von unseren Vorkämpfern begonnen und von uns weitergeführt wurde, vollenden: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen in allen Ländern der Erde!

K. W.

1. Mai und sozialistische Jugend



Sn Sidney und Tokio, in London und New York, in Paris und Berlin feiert das Proletariat den 1. Mai. Der Erdball hallt wider von den alten Mai-Parolen des internationalen Proletariats: Für Abrüstung und Schiedsgerichtsverfahren! Für Durchführung eines ausreichenden Arbeitsschutzes! Für gesetzliche Festlegung des Achtstundentages! Das Proletariat demonstriert heute seinen Siegeswillen, seine trotz aller Niederlagen nie gebrochene Gewissheit des endlichen Sieges. Neben den alten, im Kampf der Jahrzehnte ergrauten Genossen marschieren die jungen Sozialisten hinter den roten Fahnen. Die Jungen — das sind die Truppen, die das Erbe der Alten bewahren und vermehren werden. Sozialismus ist ihnen mehr wie den Alten noch idealer Wille. Sie haben noch die ungebrochene Kraft des Glaubens, die Berge versetzen zu können glaubt. Ihnen ist der Sozialismus noch nicht so sehr eine Summe kleiner und kleinster Einzelarbeit. Ihnen ist er Glaube, Religion und Weltanschauung in einem.

Erster Tag des Mai ist Tag der Jugend. Die Wogen der Hoffnung gehen wieder hoch, und die Jugend ist es, die diese Hoffnung verkörpert. Manah einer von den Alten wird heute, wenn er die jungen Scharen sieht, wieder seine eigene Jugendzeit aufsteigen sehen. Er wird sich sagen: „Ihr habt es schon viel besser als wir! Wo gab es zu unserer Zeit solche Scharen von jungen Menschen, die hinter den roten Fahnen marschierten!“ Und die Jugend wird hoffentlich nicht versäumen, ein Stück Weges der sozialistischen Bewegung zurückzudenken. Sie wird dann wissen, daß der Weg, auf dem sie heute so zukunftsroh marschieren darf, ihr von den Alten gebnet worden ist. So soll sie heute den Alten Dank wissen! Es würde gewiß dem Geist der alten, kampfgeübten Genossen nicht entsprechen, wenn die Jugend alles gut und schön fände, was sie getan haben. Nein! Sie soll ruhig denken: Was die Alten taten, war gut; aber wir wollen es noch besser machen. Wohlan! Wenn euer idealer Wille sich noch stärker dünkt als alle Wirklichkeit. Und die Alten — mögen sie auf den Zahlabenden manchmal über die verwegenen „Grünhähnel“ lächeln — heute wird ihnen froh bewußt werden, daß diese jungen Genossen mit ihrem idealen Willen die besten Bürger des endlichen sozialistischen Sieges sind. Sie schaffen's! „Sie beherrschen die Szene, sie sind dran!“ Ist das Wissen darum, daß die Jungen es heute besser haben, nicht die schönste Bestätigung dafür, daß wir nicht umsonst kämpften?!

Und die Jungen haben es heute besser! Wie hat sich doch die Welt gewandelt seit den Tagen, da die Ersten den Mut fanden, sich gegen diese kapitalistische Welt aufzulehnen. Dem Schlaf haben sie damals eine Stunde und zwei abringen müssen, um sich das geistige Rüstzeug für den Kampf zu erwerben. Heute hat der junge geistig aufstrebende Genosse Gelegenheit, sich mehrere Monate oder gar ein Jahr frei zu machen für solche geistige Arbeit. War das den Alten jemals möglich?

In den vierzig Jahren, in denen nun der 1. Mai gefeiert wird, hat sich auch die ökonomische und politische Welt von Grund aus gewandelt. Soviel auch noch zu tun ist, es ist viel in den vier Jahrzehnten errungen worden. Denken wir doch nur an die Maiforderungen, wie sie auf dem Pariser Kongreß im Jahre 1889 aufgestellt worden sind. Drei kurze Parolen waren es, die sich als gemeinsamer Ruf zu unmittelbarer Tat an jeden Genossen richteten: Wider Militarismus und Krieg! Für allgemeines Stimmrecht und Demokratie! Für Achtstundentag und den gesetzlichen Arbeitsschutz! Wir sollten uns gerade heute freudig bewußt werden, wieviel von diesen Forderungen schon verwirklicht ist. Der Achtstundentag, der damals noch ein ungewisser Traum war, ist heute in vielen Staaten Gesetz und durch Beschluß der Internationalen Arbeitskonferenz in Washington auch offizielles Weltprogramm. Der gesetzliche Arbeitsschutz hat in der Sozialgesetzgebung wenigstens eine vorläufige Verwirklichung gefunden. Unbestreitbare Grundlagen der Staatenbildung sind heute das allgemeine Wahlrecht und die Demokratie, wenn man von den Ländern der Diktatur abieht. Der Krieg ist wenigstens in der öffentlichen Meinung und in Staatsverträgen als außergesetz-

lich „geächtet“. Die Abrüstung ist nicht mehr als schwärmerische Harrede verfahren. Sie ist ständiges Weltprogramm geworden. So viel auch noch zu tun ist, ehe die Maiforderungen restlos verwirklicht sind, wir haben schon ein großes und entscheidendes Stück unseres Weges in knappen vier Jahrzehnten zurückgelegt. Das ist die Arbeit der „Alten“!

Die entscheidenden Wandlungen, die in der ökonomischen und politischen Welt vor sich gegangen sind, erfordern auch eine Erneuerung unserer geistigen Welt. Auf diesem Wege der geistigen Erneuerung des Sozialismus ist noch viel zu vollbringen, und dieser Aufgabe hat sich die junge Generation der sozialistischen Bewegung vor allem zu widmen. Die Wandlungen in der ökonomischen Welt waren begleitet von einer Revolution der Jugend, die vielleicht von späteren Geschichtsschreibern als das wichtigste geistige Ereignis in dem ersten Viertel unseres Jahrhunderts bezeichnet werden wird. Von dieser „Jugendbewegung“ ist ein starker Anstoß zur Erneuerung unserer geistigen Welt ausgegangen, d. h. zur Abkehr von dem Geiste der bürgerlichen Welt. Die Jugend vermag mit einem Wirklichkeitscheuen Doktrinarismus (unpraktische Schulweisheit) nichts mehr anzufangen. Der konstruktive Wille zur Verwirklichung der sozialistischen Ziele in hier und heute ist es, der die Jungen eint. Sie wissen, daß die Wirklichkeit, die einem nicht paßt, niemals mit Ideologie, sondern nur mit besserer stärkerer Wirklichkeit bekämpft werden kann. Unter den Aufgaben, die die Jungen sich heute gesetzt haben, und die sämtlich aus ihrer Wirklichkeitsnähe folgen, ragt die der Formung eines sozialistischen Menschen über allen hervor. Von dem weltanschaulichen und philosophischen Inhalt dessen, was man traditionell als Marxismus bezeichnet, geht für die Lösung dieser Aufgabe keine Wirkungskraft aus. Wir stehen hier vielmehr vor Aufgaben, die allein aus dem inneren Gehalt der Person, wie sie in der proletarischen Klasse verwurzelt ist, gelöst werden können. Es handelt sich hier um die Verwirklichung genossenschaftlichen Menschentums in der Gegenwart auf der einen und Bildung, Formung der Person im sozialistischen Geist auf der anderen Seite. In der sozialistischen Jugend unserer Tage sind diese Fragen mit ungeheurer Intensität lebendig. Diese Jugend ist von der Ueberzeugung ergriffen, daß die Bedingtheit der Geistesverfassung durch die Wirtschaftsverfassung nicht von der unmittelbaren Inangriffnahme der Aufgabe zurückhalten darf: inmitten des Warenhauses der bürgerlichen Kultur zur Form- und Sinnggebung des sozialistischen Menschen durchzubrechen. Sozialistische Bildungsarbeit kann und darf sich nicht in der Ausbreitung stofflichen Wissens erschöpfen, sie muß den Versuch unternehmen, dem Sozialisten, insbesondere dem jungen Sozialisten die persönliche Gestaltung sozialistischen Menschentums in Erfahrung zu bringen. Die Fragen der Arbeiterschulen, die Fragen der Freizeitgestaltung, die Fragen der eigenen Feste gehören hierher. Aber wir können hier nicht im einzelnen aufzeigen, von welchen Gedanken die junge sozialistische Generation heute beherrscht ist. Den mannigfaltigen Aufgaben aber ist der Wille gemeinsam, von dem Sozialismus als Bewegung zum Sozialismus als Aufgabe zu kommen, von der Masse zur Gemeinschaft, wenn wir dieses viel mißbrauchte Wort hier anwenden wollen. Sehr schön skizzierte der Genosse Georg Bauer vor kurzem die Wandlung der Situation, indem er sagt:

„Aus dem Zwang zum sozialistischen Tagewerk kommt ein unzerförbares Erbe, der Wille zu vertieften seelisch-sittlichen Begründungen des Sozialismus. Hendrik de Mans Ruf über das Interesse mit mechanisch ökonomischer Motivierung offen die Gesinnung, für die der Sozialismus angewandte Ethik ist, zu stellen, war eine historische Sendung. Die alten Schlagworte von Opportunismus Reformismus, Katastrophe oder Aushöhlung sind verfunken.“

Mag sich aus den Aufgaben, die die junge Generation sich heute gesetzt hat, manche Spannung mit den alten Genossen geben — Alt und Jung aber eint heute der Wille, keinen Tag darauf zu warten, daß die reifen Früchte uns einst in den Schoß fallen, sondern Tag für Tag an der Verwirklichung des Sozialismus zu arbeiten. Auch heute am 1. Mai stehen alte und junge Generation zusammen in dem Bewußtsein, daß das große Ziel der Verwirklichung des Sozialismus sie über den Generationsunterschied hinweg zusammenhält.

Dr. W. P.

AUFGABEN UND LEISTUNGEN DES VERBANDES DER GEMEINDE- UND STAATSARBEITER

8 STUNDEN ARBEIT

8 STUNDEN ERHOLUNG U. BILDUNG

8 STUNDEN RUHE

8 STUNDEN ERHOLUNG U. BILDUNG

8 STUNDEN RUHE

AUSGABEN: VERBANDSORGAN U. BILDUNGSWEISEN, UNTERSTÜTZUNGEN

VERBANDSORGAN U. BILDUNGSWEISEN	
STREIK, GEMÄSSREGELTEN U. RECHTSCHUTZ	
KRANKHEIT, ARBEITLOSIGKEIT, ÜBERBEFALLE, SONSTIGE	

GRÜNDUNGSJAHR 1896

EINNAHMEN, AUSGABEN, VERMÖGENSSTAND

EINNAHMEN	
AUSGABEN	
VERMÖGENSSTAND	

DIE STEIGERUNG DER MITGLIEDERZAHL VOM GRÜNDUNGSJAHR 1896 BIS ANFANG 1928

Statistik und Maifeier



Am 1. Mai, dem Weltfeiertag, huldigt die sozialistisch denkende Arbeiterschaft der Gottheit „Arbeit“. Dabei hält sie auch Musterung über den derzeitigen Stand der Bewegung. Mit Stolz erfüllen die wachsenden Zahlen der Bewegung die sozialistischen Kämpferscharen. Immer breiter und gewaltiger schwillt der Strom, unaufhaltsam ist der Zulauf aus den bisher noch in Laueheit, Gleichgültigkeit oder gar in geistiger Stumpfheit befangenen Arbeitermassen. Auch einmal Irregelmäßigkeiten finden den Weg zurück zu der großen sozialistischen Bewegung, zurück auch zu den Gewerkschaften.

Ein Glied dieser großen Kulturbewegung ist auch unser nunmehr über eine Viertelmillion Mitglieder (am 1. April 1929 263 218) zählender Verband. Innerhalb von 33 Jahren ist unser Verband aus den allerkleinsten Anfängen „400 Mitglieder im Gründungsjahr 1896“ heraus zu dieser achtunggebietenden Größe herangewachsen. Das Bild „Aufgaben und Leistungen des Verbandes“ veranschaulicht neben Zweck und Zielen des Verbandes auch in Zahlenbildern seine Leistungen. Neben Mitgliederzahlen bilden auch die Zahlen über die Finanzgebarung des Verbandes Beleg für seine Stärke, seinen Einfluß als wirtschaftliche Interessenvertretung seiner Mitglieder.

An Einnahmen konnten im Jahre 1928 9 446 594 Mk. verbucht werden. Die Ausgaben betragen 7 404 998 Mk., der Vermögensstand beziffert sich am Schlusse des Jahres 1928 auf 8 098 469 Mk. oder je Kopf der zahlenden Mitglieder 32,70 Mk. gegen 6 056 873 Mk. und 27,90 Mk. je zahlendes Mitglied im Jahre 1927.

Unter den Ausgaben des Jahres 1928 sind nicht weniger als 1 678 175,71 oder 22,6 Proz. der Ausgaben an Unterstützungen an Verbandsmitglieder geleistet worden. Der Rechtschutz erforderte im Jahre 1928 den Betrag von 38 181,44 Mk., an Streikunterstützung wurden gewährt 142 771,94 Mk., an Gemäßregeltenunterstützung 47 170,85 Mk., die Sterbeunterstützung erforderte 208 033,25 Mk., die Erwerbslosenunterstützung, einschließlich der Krankenunterstützung den hohen Betrag von 1 057 675,31 Mk., an sonstigen Unterstützungen aus lokalen Mitteln wurden 184 337,92 Mark verausgabt. Pro Kopf der zahlenden Mitglieder betrug der im Jahre 1928 verausgabte Betrag an Unterstützungen 7,24 Mk.

An Tarifverträgen zählt unser Verband am Schlusse des Jahres 1928 insgesamt 377. Durch die Tarifverträge sind in 1723 Verwaltungen mit rund 9516 Betrieben mit 380 025 Beschäftigten, von denen 240 771 Mitglieder unseres Verbandes sind, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt.

Auf Grund der Tarifverträge haben von den Beschäftigten, mit Ausnahme des Personals in den Anstalten des Gesundheitswesens, 261 992 oder 83,3 Proz. die 48stündige Arbeitswoche, 21 550 Beschäftigte oder 6,9 Proz. eine wöchentliche Arbeitszeit von über 48 bis 51 Stunden, 21 120 oder 6,7 Proz. eine wöchentliche Arbeitszeit von über 51 bis 54 Stunden und 9806 Beschäftigte oder 3,1 Proz. eine wöchentliche Arbeitszeit von über 54 Stunden. Unter Einschuß des Personals vom Gesundheitswesen mit einer Zahl von insgesamt 65 557 Beschäftigten, haben 206 147 oder 78 Proz. eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden, 36 890 oder 9,7 Proz. eine wöchentliche Arbeitszeit von über 48 bis 51 Stunden, 30 364 Beschäftigte oder 7,9 Proz. eine wöchentliche Arbeitszeit von über 51 bis 54 Stunden und 16 624 oder 4,4 Proz. eine wöchentliche Arbeitszeit von über 54 Stunden.

Die Eigenart der Arbeitsverhältnisse in den Anstalten des Gesundheitswesens findet ihren Ausdruck in einer längeren wöchentlichen Arbeitszeit, namentlich für das Pflegepersonal, als in den übrigen Betrieben der Gemeinde-, Kreis-, Provinz-, Staats- sowie Reichsbetriebe bzw. gemeinnützigen und privaten Unternehmen. Immerhin ist es wertvoll zu wissen, wie rein zahlenmäßig der jeweilige Stand der wöchentlichen Arbeitszeit beschaffen ist.

Ueber die Lohngestaltung kann hier nur das Allerbestmögliche gesagt werden. Der Lohn des gelernten Arbeiters ist (einschließlich Frauen- und Kinderzulage — 1 Kind) in den 26 kommunalen Bezirksarbeitgeberverbänden im Jahre 1928 im Durchschnitt von 89,6 Pf. auf 97,8 Pf. je Stunde oder absolut um 8,2 Pf. oder 9,1 Proz. erhöht worden. Die Löhne der ungelerten Arbeiter in dem gleichen Gebiet erhöhten sich gleichfalls im Durchschnitt von 73,8 Pf. auf 81,2 Pf. oder absolut um 7,4 oder 10,1 Proz. Für die gelernten Arbeiter in den Staatsbetrieben erhöhten sich die Löhne in 26 typischen Städten im Jahre 1928 im Durchschnitt von 83,8 Pf. auf 90,9 Pf. je Stunde oder absolut um 7,1 Pf. oder 8,5 Proz. Bei den Löhnen der ungelerten Arbeiter in den Staatsbetrieben ist eine Erhöhung von 68,3 Pf. auf 73,9 Pf. oder absolut um 5,6 Pf. oder 8,2 Proz. im Jahre 1928 eingetreten.

In den Reichsbetrieben sind im Jahre 1928 in den gleichen 26 typischen Städten wie bei den Arbeitern in den Staatsbetrieben die Löhne der gelernten Arbeiter im Durchschnitt von 82,1 Pf. auf 86,9 Pf. oder absolut um 4,8 Pf. oder 5,8 Proz. gestiegen. Die Löhne der ungelerten Arbeiter in den Reichsbetrieben erfuhren eine Steigerung von 68,3 Pf. auf 72,2 Pf. oder absolut um 3,9 Pf. und 5,7 Proz.

An Lohnbewegungen sind im Jahre 1928 459 Fälle in 3467 Orten und 9162 Betrieben mit insgesamt 365 154 Beschäftigten zu verzeichnen. Der wöchentliche Erfolg der Lohnbewegungen beziffert sich je Kopf der männlichen auf 2,41 Mk., je Kopf der weiblichen Beschäftigten auf 1,67 Mk. oder insgesamt auf 2,29 Mk. je Kopf.

Die Statistik über die Organisationszugehörigkeit der Beschäftigten innerhalb unseres Organisationsbereiches zeigt ein Bild, wonach von den in 896 Filialen unseres Verbandes festgestellten 362 547 Beschäftigten 240 771 oder 66,4 Proz. Mitglieder unseres

Verbandes sind. Diese Mitgliederzahl verteilt sich auf männliche mit 203 847 oder 84,6 Proz. der Gesamtmitgliederzahl und auf 36 924 oder 15,4 Proz. auf weibliche Mitglieder.

Die freigewerkschaftlichen Verbände haben innerhalb unseres Organisationsbereiches 28 292 Mitglieder oder 7,8 Proz. der Gesamtbeschäftigten, die gegnerischen Verbände 24 353 Beschäftigte oder 6,7 Proz. der Beschäftigten. An Unorganisierten wurden 70 525 oder 21,3 Proz. der Beschäftigten gezählt.

Dieses kleine Zahlenbild gibt zwar nur einen begrenzten, aber doch recht beachtenswerten Ueberblick über die vom Verbandsübernommenen Aufgaben wie seine Leistungen. Es ist erkennbar, wie der Verband in mühevoller, zäher organisatorischer Kleinarbeit Schritt für Schritt an der Hebung der wirtschaftlichen Lage seiner Mitglieder mit anerkennenswertem Erfolg arbeitet. Rüstig schreitet die Arbeiterschaft auf dem Wege der Befreiung aus der Lohnabhängigkeit vorwärts.

K. K.

Manifeste des Internationalen Gewerkschaftsbundes, des ADGB, und des AFA-Bundes für den 1. Mai 1929

An die Arbeiter aller Länder!



seit dem Jahre 1889, also vor vierzig Jahren, der 1. Mai als Demonstrationstag für Völkerverständnis und Arbeiterschutz bestimmt wurde, hat die internationale Arbeiterschaft ununterbrochen ihre Stimme für Völkerverständnis, Abrüstung und internationales Schiedsgerichtsverfahren, für Arbeiterschutz und gesetzliche Festlegung des Achtstundentages erhoben und den herrschenden Klassen aller Länder diese Forderung in besonders eindringlicher Form zum Bewußtsein gebracht.

— Der „Große Krieg“ hat diese Arbeit unterbrochen und der ganzen Welt in schärfster Weise die Schrecken einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den Völkern eingehämmert. Trotzdem inzwischen durch den Kellogg-Pakt der Krieg für außerhalb des Gesetzes stehend erklärt wurde, werden die Rüstungen ununterbrochen fortgesetzt. Wenn nicht die friedensfreundlichen Teile der Völker sich ebenso rührig zeigen wie die Nationalisten und Kriegsbeher, kann eines Tages das gegenseitige Abschachten von neuem beginnen.

Es ist daher vor allem eine Pflicht der Arbeiterschaft, sich allen Versuchen, den militaristischen Geist und die militaristischen Hilfsmittel zu stärken, zu widersetzen. In der neuen Generation, die den Krieg nicht kennen gelernt hat, muß die Abneigung gegen Krieg und Militarismus aufrecht erhalten werden, und die Arbeiterschaft darf keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie sich einer neuen Schlächerei mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln widersetzen wird.

Als vor zehn Jahren die erste Arbeitskonferenz in Washington zusammentrat, dachten Unternehmer und Regierungen noch einigermaßen an die Versprechungen, die der Arbeiterschaft während des Krieges gemacht wurden. Ein Arbeiterschutzprogramm wurde angenommen, das vor allem dem Verlangen der Arbeiterschaft nach Sicherung des Achtstundentages Rechnung trug. Bald aber ist man von den gegebenen Versprechungen abgerückt, fast nichts Wesentliches ist durchgeführt worden; vor allem hat man es abgelehnt, die Hauptforderung der Arbeiter, den Achtstundentag, gesetzlich festzulegen. Soweit Fortschritte gemacht wurden, sind diese durch die geschlossene Macht der Arbeiterschaft durchgeführt worden.

Es gilt, den Regierungen und der Unternehmerschaft zu zeigen, daß die Arbeiterschaft nicht geneigt ist, sich beiseitedrücken zu lassen und zu gestatten, daß die Reaktion die Einlösung der eingegangenen Verpflichtungen verhindert.

Der erste Mai dieses Jahres soll den herrschenden Mächten in erster Linie die Friedensforderungen der Arbeiterschaft sowie die Forderung der gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages in Erinnerung bringen. Darum fordern wir die Gewerkschaftsmitglieder in allen Ländern auf, auch in diesem Jahre wieder am ersten Mai machtvoll zu demonstrieren für

Abrüstungs- und Schiedsgerichtsverfahren, Durchführung eines ausreichenden Arbeiterschutzes, gesetzliche Festlegung des Achtstundentages.

Da der Arbeiterschaft von ihren Gegnern erfahrungsgemäß nur zugestanden wird, was sie sich durch die Macht ihrer Organisation erkämpfen kann, richten wir zugleich die eindringliche Mahnung

an die gesamte Arbeiterschaft, ihre Kampforganisationen immer weiter zu stärken, um alle Widerstände gegen den Fortschritt der sozialen Entwicklung mit steigendem Erfolg zu überwinden. Internationaler Gewerkschaftsbund.

* * *
Arbeiter! Angestellte!

Am 1. Mai treten seit Jahren überall die Arbeitenden aller Kulturvölker in großen Demonstrationen für die Befreiung der Arbeit vom Druck des Kapitalismus ein und vereint lassen sie den Ruf ertönen für ihre nächsten Forderungen:

Gesetzlicher Achtstundentag, Ausbau der Sozialgesetzgebung und Weltfrieden.

Zum vierzigsten Male begeht die Arbeiterklasse in diesem Jahre die Maitage. Vierzig Jahre, das ist ein großer Zeitraum im Leben eines einzelnen, im Leben der Völker aber nur ein Pulsschlag, noch weniger im Kampfe um die Freiheit, den die Menschen in wechselnder Form führen, seit die Unterdrückung begann. Vierzig Jahre! Viel ist seitdem erreicht worden. Gerade wir, die wir wissen, was noch zu tun übrig geblieben ist, brauchen die Erfolge der Arbeiterschaft nicht zu verkleinern. Und wir können sagen: Gemessen an dem, was vor vierzig Jahren war, leben wir heute, dank der Kampfesfreudigkeit der Arbeiterklasse, in einer ganz neuen Welt. Aber viel bleibt noch zu tun. Die Erfolge der Arbeitenden haben die Kapitalisten national und international zu einem festen Ring zusammengeschlossen. Unser Vormarsch soll dadurch aufgehalten werden. Trotzdem: Wir marschieren! Und wenn wir einig und geschlossen bleiben, wird uns nichts hemmen.

Nach dem mörderischen Krieg wurde der aufatmenden Welt Abrüstung und Verständigungspolitik versprochen. Pakte wurden abgeschlossen, durch die der Krieg geächtet wurde. Aber rings um uns herum starrt die Welt in Waffen. Das ist ein Zeichen, wie stark die Reaktion noch ist, die sich der neuen Zeit entgegenstemmt. Wir werden nicht ruhen, bis der Weltfrieden gesichert ist. Auch im Kampf um den gesetzlichen Achtstundentag dürfen wir nicht erlahmen. Die letzten Verhandlungen in Genf haben von neuem gezeigt, wie groß die Widerstände sind, die wir noch zu überwinden haben. Wir werden sie überwinden, wie wir alle die Schwierigkeiten überwinden werden, die sich dem Ausbau der Sozialgesetzgebung entgegenstellen. Daß es da viel zu tun gibt, das zeigen die Verhandlungen in Paris um die Reparationen, das zeigen die Vorgänge bei uns, als es sich um die Regierungsbildung handelte. Alles das steht im Zeichen des Kampfes gegen die Sozialpolitik. Abrüstung, Achtstundentag, Ausbau der Sozialgesetzgebung, dafür demonstrieren wir am 1. Mai. Die deutsche Arbeiterschaft wird bei diesen Demonstrationen, zu denen der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes auffordert, nicht an letzter Stelle stehen. Die Art, wie demonstriert wird, muß den Verbänden und Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes überlassen bleiben. Angestellte! Arbeiter! Demonstriert in würdiger Form! Hier und da bestehen Verbote der öffentlichen Umzüge. Respektiert auch diese Verbote, wie ihr auch sonst dazu steht. Die Maitage, diese Manifestationen für eine höhere Massenkultur dürfen nicht zu Tummelplätzen gemacht werden für uns innerlich und äußerlich fernstehende radaulustige Elemente.

Der Vorstand des ADGB. und des AFA-Bundes.

Warum ist die Lohnbewegung der Reichs- und Staatsarbeiter noch nicht abgeschlossen?

Im großen Saal des Lehrervereinshauses nahmen die Berliner Reichs- und Staatsarbeiter am 19. April 1929 in einer überfüllten Versammlung Stellung zu dem Stand ihrer Lohnbewegungen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war vertreten durch den Parteivorstand, unseren Verbandskollegen, Arthur Crispian. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hatte die Genossen Simon und Schallrock als Vertreter entsandt. Alle übrigen Parteien glänzten durch Abwesenheit. — In einem ausführlichen Referat ließ Kollege Stetter noch einmal den Gang der Verhandlungen Revue passieren, so wie er den Lesern der „Gewerkschaft“ bereits bekannt ist. Bei aller Anerkennung der Finanzschwierigkeiten des Reiches müssen wir auf einer Lohnerrhöhung der Reichs- und Staatsarbeiter bestehen; denn es kann nicht angehen, wenn die staatlichen Schlichtungsinstanzen tagtäglich für die Privatindustrie Schiedssprüche fällen, in denen bis zu 10 Pf. Stundenloohnerhöhungen zugestanden werden, daß man dann den Reichs- und Staatsarbeitern die Reparationslasten noch besonders durch Niedrighaltung der Löhne auferlegen will. Der Zustand ist um so schlimmer, nachdem Arbeitszeitverkürzungen von 56 bis zu 48 Stunden herab eingetreten sind, ohne daß eine Stundenloohnerhöhung vorgenommen worden wäre. Kein Mensch wird behaupten wollen, daß Wochenlöhne von 24,— Mk. ein ausreichender Lohn sind. Wir haben das alles dem Reichsfinanzminister und seinen Räten vorgetragen. Wir wollten sogar die Lohnverhandlungen bis nach den Reparationsverhandlungen zurückstellen, wenn wenigstens für den Augenblick etwas für die Reichs- und Staatsarbeiter geschieht. Kollege Stetter kam dann auf das skandalöse Verhalten des Ministerialrats Dr. Becker zu sprechen, der sich als Reaktionär vom reinsten Wasser erwiesen hat. Becker hat sogar verlangt, daß die Beamtengehälter abgebaut werden. Er mußte deshalb sogar von dem preussischen Finanzminister Höpker-Ashoff in öffentlicher Landtagsitzung desavouiert werden. Becker ist inzwischen auf Urlaub geschickt worden und wird auf seinen Posten nicht mehr zurückkehren. Wir haben uns im Verein mit dem Deutschen Verkehrsbund und dem Einheitsverband der Eisenbahner mit dem Vorstand des ADGB in Verbindung gesetzt. Der ADGB unterstützt unsere Bewegung voll und ganz. Es ist uns gelungen, das Reichskabinett zu einer neuen Aussprache am Sonnabend, dem 20. April 1929, zu bewegen. — Zu sagen ist noch, daß der preussische Ministerpräsident Braun verlangt hat, daß die Lohnverhandlungen weitergeführt und ihm Bericht erstattet werden soll, so daß zu erwarten steht, daß die Lohnbewegung in Preußen noch einen annehmbaren Abschluß findet.

In der Diskussion sprachen Kollegen aus dem Heeresbekleidungsamt, aus der Heereswaschanstalt, aus dem Berliner

Polizeipräsidium und aus der Staatsbank, die im einzelnen die Notlage der Reichs- und Staatsarbeiter aufzählten und für eine Lohnerrhöhung eintraten. Landtagsabgeordneter Simon wies im einzelnen nach, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion sich stets der Interessen der Staatsarbeiter angenommen habe. In Preußen wird unter Führung des Ministerpräsidenten Braun voraussichtlich eine Lohnerrhöhung bewilligt werden. Auch Minister Grzesinski hat an den Hauptausschuß ein Schreiben gerichtet, in dem er eine Lohnerrhöhung für nötig hält. — Kollege Crispian führte aus: Er halte die Forderungen der Reichs- und Staatsarbeiter für bescheiden. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, sie zu bewilligen. Die Denkschrift des Verbandes ist der Fraktion zugegangen. Man war entsetzt darüber, wie niedrig die Löhne der Reichsarbeiter noch sind. Crispian sagte die Unterstützung der Reichstagsfraktion zu und wies dann im einzelnen nach, daß die Bewilligung der Lohnerrhöhungen nicht von der Person des Reichsfinanzministers Hilferding abhängt, sondern daß dieser nur soweit gehen könne, wie ihm das Reichskabinett Bewegungsfreiheit lasse. Nach den Schlussworten der Kollegen Stetter und Richter wurde nachfolgende Entschließung einstimmig angenommen.

Die am Freitag, dem 19. April, im Lehrervereinshaus in Berlin tagende Versammlung der Reichs- und preussischen Staatsarbeiter ist auf das höchste empört über den Verlauf der zurzeit schwebenden Lohnverhandlungen. — Die Versammelten geben einmütig der Meinung Ausdruck, daß die von den Organisationen bei der letzten Verhandlung am 12. April aufgestellten Forderungen ohne irgendwelche staatspolitischen Auswirkungen hätten erfüllt werden können, wenn auf Seiten der Reichs- und preussischen Staatsregierung auch nur ein halbwegs guter Wille vorhanden gewesen wäre. — Die Versammlung stellt sich geschlossen hinter die mit ihrer Verhandlungsführung beauftragten Kollegen, spricht ihnen ihr volles Vertrauen aus und nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem provokatorischen Verhalten des Ministerialrats Dr. Becker vom preussischen Finanzministerium. Sie erwartet, daß in Zukunft vom preussischen Finanzministerium Beamte mit der Führung von Verhandlungen beauftragt werden, die mit dem nötigen Maß von sozialem Verständnis ausgestattet sind und zum mindesten soviel persönliche Geschicklichkeit besitzen, daß sie nicht bei jeder Gelegenheit die Arbeitervertreter in maßloser Weise provozieren. — Darüber hinaus erwarten aber die Versammelten vom Reichs- und Preussischen Landtag eine entsprechende Einwirkung auf die in Frage kommenden Regierungstellen, um diese evtl. durch ein parlamentarisches Vorgehen zu zwingen, den Reichs- und preussischen Staatsarbeitern eine allgemeine Lohnerrhöhung zu gewähren. — Sollten wider Erwarten alle diese Bemühungen erfolglos sein, dann erwartet die Versammlung vom Verbandsvorstand, daß umgehend weitere Maßnahmen im Verein mit dem Einheitsverband der Eisenbahner und dem deutschen Verkehrsbund ergriffen werden, um so bald wie möglich aus diesem für die ganze Reichs- und Staatsarbeiterschaft unerträglichen Zustand herauszukommen.

Zum Abschluß der Berliner Lohnbewegung

Die Lohnbewegung der Kammerei- und Werksarbeiter Berlins kann nunmehr im wesentlichen als abgeschlossen betrachtet werden. Auf die bisherigen Berichte in der „Gewerkschaft“, letztmalig in Nr. 15 vom 12. April, wird Bezug genommen.

Dem ersten rechtsunwirksamen Schiedsspruch für die Berliner Kammereiarbeiter, der von beiden Parteien abgelehnt wurde, folgte eine neue Verhandlung vor der gleichen Schiedsstelle, unter Vorsitz von drei Unparteiischen, mit dem Ergebnis, daß die Löhne der Gemeindearbeiter ab erster Lohnwoche im April 1929 um 3 Pf. und ab erster Lohnwoche im Oktober 1929 um weitere 4 Pf. pro Stunde in der Spitze erhöht werden.

Eine allgemeine große Funktionärerversammlung der Kammerei- und Werksarbeiter nahm am 9. April zu dem Ergebnis dieses Schiedsspruchs Stellung. Sie stimmte mit sehr großer Mehrheit dem Schiedsspruch zu. Für die Werksarbeiter bedeutete dieser Beschluß die Vollmacht für die Ortsverwaltung, die Lohnarbeitsverträge für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerksarbeiter mit der gleichen Lohnerrhöhung neu abzuschließen. Die Meinung der Ortsverwaltung sowohl wie die Meinung der großen Funktionärerversammlung wurde in folgender Entschließung zum Ausdruck gebracht:

Entschließung.

Die am 9. April 1929 im großen Saale der Sophien-Festhalle versammelten Funktionäre der Filiale Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter nehmen von dem Ergebnis des von der tariflichen

Schiedsstelle am 28. März 1929 für die Kammereiarbeiter der Stadtgemeinde Berlin gefällten Schiedsspruchs Kenntnis. — Die Versammelten sind der Meinung, daß der Schiedsspruch, der eine Lohnerrhöhung von 3 Pf. ab 1. April und weiteren 4 Pf. ab 1. Oktober d. J. bedingt, den berechtigten Ansprüchen der städtischen Arbeiter nicht genügt und eine Befriedigung der Belegschaften nicht herbeiführt. — Dennoch wollen sich die Funktionäre nicht der Einsicht verschließen, daß die Ablehnung des Schiedsspruchs einen schweren wirtschaftlichen Kampf zur Folge haben müßte, unter dem auch die Gesamtbevölkerung der Stadtgemeinde Berlin stark zu leiden hätte. Daher beschließen die Funktionäre, trotz Bedenken, diesen Schiedsspruch anzunehmen.

Am 5. April werden die Verhandlungen über die Nebenforderungen (Umgruppierungen) zum Abschluß gebracht, mit dem in Nr. 15 der „Gewerkschaft“ bereits veröffentlichten Ergebnis.

Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 10. April zu dem Schiedsspruch sowohl wie zu dem Verhandlungsergebnis über die Umgruppierungen Stellung genommen. Der Magistrat hat dem Schiedsspruch seine Zustimmung gegeben, jedoch das Ergebnis der Umgruppierungsverhandlungen unbegreiflicherweise vollständig abgelehnt. Es mußte daher die Tarifkommission der Kammereiarbeiter zu dem Ergebnis des Magistratsbeschlusses nochmals Stellung nehmen und wurde in einer Sitzung am 13. April beschloffen, den Lohnvertrag abzuschließen und die abgelehnten Umgruppierungsanträge weiterhin als strittig zu behandeln. Der Abschluß des Lohnarbeits ist nunmehr erfolgt.

Die Löhne für die Gemeindegewerkschaftler Berlins betragen demnach in der Spitze:

	Ab 1. 4. 1929	Ab 30. 9. 1929
Für Ungerlernte	1,—	1,04
Für Angelernte	1,04	1,08
Für Angelernte m. bes. Verantw.	1,13	1,17
Handwerker	1,20	1,24

Die Löhne der weiblichen Arbeitskräfte betragen in der Spitze:

Für Ungerlernte	0,76	0,79
Für Angelernte	0,80	0,83
Für Qualifizierte	0,90	0,93

Die Wochenlöhne für die Kraftfahrer betragen ab 1. April 1929 57,60 Mk., ab 30. September 1929 59,52 Mk.; für Mitfahrer ab 1. April 1929 53,28 Mk. ab 30. Sept. 55,20 Mk. Die übrigen Ausführungsbestimmungen des Lohns tarifs bleiben unverändert.

Die Stundenlöhne der Rieselwärter betragen ab 1. April 1929 78 Pf., ab 30. September 1929 82 Pf.; für Rieseloberwärter ab 1. April 1929 94 Pf., ab 30. September 98 Pf.

Die Verhandlungen mit den städtischen Gas- und Wasserwerken A.-G. fanden am 15. April statt, mit dem Ergebnis, daß den Arbeitern der städtischen Gas- und Wasserwerke die gleichen Erhöhungen wie den Gemeindegewerkschaftlern, mit Wirkung vom 1. April gewährt werden. Für die rückwirkende Zeit wird jedem im Arbeitsverhältnis stehenden Beschäftigten eine Pauschalvergütung von 2 Mk. gezahlt. Die Bestimmungen über die Frauen- und Kinderzulagen werden nach den gleichen Bestimmungen wie bei der Stadtgemeinde Berlin geregelt. Die Löhne sind folgende:

	ab 1. 4. Mk.	Grundlohn für Akkord Mk.	Stundenlohn- satz ab 30. 9. Mk.
Lohnklasse 1 Ungerlernte	1,01	0,96	1,05
" 2 Angelernte	1,07	1,02	1,11
" 3 Handwerker	1,18	1,13	1,22
" 4 Betriebsarbeiter	1,18	—	1,22
" 5 Rohrlegerpoliere	71,50	wöchentl.	73,50
" 6 Betriebs- u. Werkstattpoliere	78,50		
Weibliche Arbeitskräfte:			
Lohnklasse 1 Reinigungsfrauen	0,75		0,78
" 2 Ungerlernte	0,77		0,80
" 3 Angelernte	0,80		0,83

Bei den Berliner städtischen Elektrizitätswerken fanden die Abschlußverhandlungen am 17. April statt und führten in bezug auf die Lohnerhöhung zum gleichen Ergebnis wie bei den städtischen Gas- und Wasserwerken. Die Löhne gestalten sich danach wie folgt:

Lohngruppe	Ab 31. 3.	Ab 29. 9.	Lohngruppe	Ab 31. 3.	Ab 29. 9.
1 a	1,36	1,40	3	1,11	1,15
1 b	1,21	1,25	4		
2	1,16	1,20	Arbeiterinnen)	0,99	1,02

Die Wochenlohnsätze betragen in		Ab 31. 3.	Ab 29. 9.
Gruppe A		84,—	86,—
Gruppe B		81,—	83,—
Gruppe C		79,—	81,—
Gruppe D		78,—	80,—

Die Wochenlöhne für Chauffeure erhöhen sich in der Spitze auf 83 Mk., ab 29. September 1929 auf 86 Mk.	
--	--

Die Verhandlungen bei der Berliner Verkehrs-A.-G. haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Löhne mit Wirkung vom 1. April beim technischen Personal um 5 Pf. pro Stunde, beim Verkehrspersonal um 3 Pf. pro Stunde erhöht werden. Der Unterschied in der Erhöhung der Löhne bei der Berliner Verkehrs-A.-G. entsteht dadurch, daß die Arbeitszeit für das Verkehrspersonal um eine halbe Stunde ohne Lohnausfall verkürzt wird, während eine Verkürzung der Arbeitszeit beim technischen Personal ohne Lohnausgleich vorher stattgefunden hatte.

Bei der Gasbetriebsgesellschaft sind die Verhandlungen gescheitert. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin wird am 25. April über diesen Lohnkonflikt beraten.

Damit kann die große Berliner Lohnbewegung der Kammerei- und Werksarbeiter im allgemeinen als abgeschlossen gelten. Wenn gleich das Ergebnis der Lohnbewegung die berechtigten Ansprüche der Gemeinde- und Werksarbeiter nicht voll befriedigt, was in der Entschliebung der großen Funkt ionärkonferenz ganz eindeutig zum Ausdruck kommt, kann jedoch dieser Abschluß als ein guter gewerkschaftlicher Erfolg bezeichnet werden. Schaum.

Reichs- und Staatsarbeiter

Thüringen. Die Lohnforderung für die thüringischen Staatsarbeiter einschließlich des Personals der thüringischen Krankenanstalten und Landestheater wurde Anfang März d. J. beim thüringischen Finanzministerium eingebracht. Unterm 26. März teilte uns das thüringische Finanzministerium schriftlich mit, daß es leider nicht in der Lage sei, eine Lohnerhöhung zu gewähren auf Grund der finanziellen Schwierigkeiten des Landes, und weil die Löhne der Reichsverwaltungsarbeiter heute schon niedriger seien als die der thüringischen Staatsarbeiter. Das Finanzministerium sei aber bereit, mit uns zu verhandeln. Die Verhandlungen fanden am 12. d. M. statt. In diesen Verhandlungen machte der Vertreter der Regierung die gleiche Aeußerung wie in dem Schreiben vom 26. März. Daß die Löhne der Reichsverwaltungsarbeiter niedriger sind, trifft zu, der Unterschied ist aber so gering, und zwar handelt es sich nur um ein bis zwei Pfennige. Da der Vertreter der Regierung wiederholt betonte, er habe keinen Auftrag, einer Lohnerhöhung zuzustimmen, sah sich unsere Lokalkommission genötigt, zu erklären, daß wir die Verhandlungen nicht abbrechen, sondern daß diese weitergehen sollen.

Landstraßenwärter

Winzig i. Schlef. In der gut besuchten Versammlung der Landstraßenwärter des Kreises Wohlau am 14. April in Winzig referierte Gauleiter Renschin über den „Ruhelohn der Landstraßenwärter in den schlesischen Landkreisen“. Auf Grund der mit den Arbeitgeberverbänden vereinbarten Richtlinien haben durch Beschluß des Kreistages die Wä rter in zirka 20 Kreisverwaltungen Ruhelohnberechtigung. Diese Kollegen brauchen nun nicht mehr der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge zur Last fallen. Sie erhalten nach einem Lebensalter von 65 Jahren oder wenn sie früher invalide werden, einen Ruhelohn vom Kreis, der, wenn auch noch nicht ausreichend, sie doch im Alter vor der ärgsten Not schützt. Hoffentlich ist es möglich, recht bald auch für unsere Wohlauer Kollegen einen solchen Kreistagsbeschluß herbeizuführen. Kollege Renschin nahm dann noch zu der voraussichtlich am 1. Juli d. J. in Kraft tretenden Invalidenunterstützungskasse unseres Verbandes Stellung. Die Einrichtung wurde von den Landstraßenwä rtern wie auch von den städtischen Arbeitern in Winzig auf das freudigste begrüßt. Sämtliche Kollegen sind heute vollständig überzeugte Gewerkschafter geworden.

Aus unserer Bewegung

Thüringen. Die Lohnschemel sowie auch der Bezirkslohntarifvertrag der thüringischen Staatsarbeiter sind am 31. März 1929 abgelaufen. Eine Lohnforderung in Höhe von 12 Pf. sowie auch ein Entwurf zum Bezirkslohntarifvertrag ist dem Tarifverband Thüringer Gemeinden und Kreise unterbreitet. Der Tarifverband Thüringer Gemeinden und Kreise hat einen Gegenterwurf zum Bezirkslohntarifvertrag ausgearbeitet, der wesentliche Verschlechterungen gegenüber den bisherigen Bestimmungen aufweist. Insbesondere wird neben der bestehenden Gruppe der Handwerker eine qualifizierte Handwerkergruppe und neben der bestehenden Angelerntengruppe eine qualifizierte Angelerntengruppe verlangt. Ferner soll nur noch für schmutzige Arbeiten Zulage gewährt werden und nicht wie früher auch für schwierige und gesundheitschädliche, und diese soll nicht wie bisher örtlich, sondern generell für den Bezirk geregelt werden. Bezüglich der Dienstalterszulage will man ebenfalls eine Fassung treffen, die für uns untragbar ist und nur Spiegelfechterei vom Tarifverband bedeutet. In der Lohnverhandlung am 15. d. M. verlangte der Tarifverband eine Reduzierung unserer Lohnforderung von 12 Pf. pro Stunde. Wir verlangten jedoch erst ein Angebot. Dies wurde uns aber kategorisch abgelehnt; erst sollten wir unsere Forderung ermäßigen, dann wollte man auch sagen, was man zu geben gedächte. Wir sind also in dieser Frage keinen Schritt weitergekommen, obwohl es unser Wille war, zu einer Vereinbarung zu gelangen. Die Bezirksfriedsstelle bzw. der Zentralauschuß muß nun entscheiden, ob weiterhin der thüringische Gemeindearbeiter bei einem Nettoverdienst von 28 Mk. die Woche verbleiben soll. St.